

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,60 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Heft- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsinsereate werden nicht aufgenom. neu.

### Glück Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theob. Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; händl. in Bochum, Wilmshausenstraße 35-42. Telephon-Nr.: 95 und 89. Telegramm-Adresse: Kiltverband Bochum.

## Der Kampf hat begonnen! Ruhe im Revier!

**Kameraden! Die am Sonntag, den 10. März in Herne stattgefundene Vertrauensmänner-Konferenz für das Ruhrrevier hat in geheimer Abstimmung mit 507 gegen nur 72 Stimmen folgende Resolution angenommen;**

„Die am 10. März 1912 in Herne tagende, von Delegierten der drei vereinigten Verbände besetzte Revier-Konferenz ist mit den Forderungen und dem Vorgehen der Vorstände dieser drei Verbände voll und ganz einverstanden. Sie ist einmütig dafür, daß diese auch von den christlichen Führern vollständig gutgeheißenen Forderungen mit allem Nachdruck einheitlich versprochen und zur Annahme gebracht werden sollen, was nach erfolgter Ablehnung seitens der Zechenherren nur durch den gesetzlich zulässigen Streik erfolgen kann. Selbst wenn einzelne Zechen bewilligen sollten, so müßten diese Bewilligungen doch so lange den Streik fortsetzen, bis die Revierkonferenz darüber beschloßen hat! Die Konferenz ersucht alle Kameraden, die günstigste Zeit mit auszunützen, den Streik in aller Ruhe und unter Aufrechterhaltung musterhafter Ordnung bis zum Ende zu führen. Die Konferenz ersucht alle Kameraden, strengste Disziplin zu halten. Doch die Solidarität!“

**Damit ist der Kampf eröffnet. Das Ruhrgebiet erlebt den dritten großen Streik im Laufe eines Vierteljahrhunderts. Alle gesetzlichen Mittel werden angewendet werden müssen, um den von euren Delegierten beschloßenen Kampf zur Ehre der Bergarbeiterschaft durchzuführen.**

Kameraden! Der nun beschlossene Kampf ist ein ungeheuer schwerer! Noch niemals ist es in der Geschichte der Arbeiterbewegung erhört worden, daß in einer für die erfolgreiche Durchführung einer Lohnbewegung so außerordentlich günstigen Zeit wie die jetzige von Personen, die einmal selbst den Arbeiterkittel getragen haben, zum Massenstreikbruch aufgefordert wäre, obgleich diese Personen die Arbeiterforderungen als durchaus berechtigt anerkennen mußten. Die Gewerkschaftssekretäre begnügen sich nicht mit der bloßen Abwahrung von der Arbeitsniederlegung, sondern sie halten „Arbeiter- und Bürgerversammlungen“ ab, wo eine unerhört triviale, verleumderische Heße gegen die um mehr Brot, mehr Persönlichkeitsrecht kämpfenden Knappen betrieben wird. Damit noch nicht genug!

Das für einen Arbeiter mit auch nur einem Funken Solidaritätsgefühl einfach Unfassbare ist geschehen! Die von den Arbeitergrößen befohlenen Gewerkschaftssekretäre haben in einer „Generalversammlung“ am 6. März die vorher strupellos bearbeiteten Delegierten dazu verleitet, einen Beschluß zu fassen, der die Behörden extra zu einem „Schutz der Arbeitswilligen“ auffordert! Daraus sind viele Hunderte von Gendarmen aus dem ganzen preussischen Staate in das Ruhrgebiet zusammengezogen worden! Es wimmelt von Gendarmen und Polizisten bei den Zechen.

Durch wüste Beschimpfungen der Arbeiter haben die Gewerkschaftsflugblätter in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, als seien Bedrohungen zu befürchten, die Arbeitswilligen müßten stark geschützt werden. Daher die Unmasse Gendarmen und Polizisten. Über noch am 10. März 1912 schrieb die christlich-nationale „Baugewerkschaft“:

„Bei der Arbeiterbewegung handelt es sich gleichfalls um eine Standesbewegung, die erfolgreichen Kämpfe kommen allen Arbeitern zugute. Wir haben auch noch keine Arbeitswilligen gesehen, die sich der Erfolge der organisierten Arbeiter nicht freuen. Was diese Elemente verschmähen, das sind die Opfer, die jede größere Bewegung ganz natürlich fordert. Sind das wirklich Gelden, die aus reinem Egoismus sich einen Vorteil zu verschaffen suchen auf Kosten ihrer Standesgenossen? Wer windet denn dem Vaterlandsverräter Vorbeerkranze oder verlangt Orden und Ehrenzeichen für ihn? Die Motive eines Streikbrechers und eines Landesverrätters unterscheiden sich gar nicht, beide verraten, um persönlichen Nutzen zu erzielen. Nun kann man ja zugeben, daß unter den Arbeitswilligen sich auch Leute finden, die zu einsächtig sind, um einzusehen, zu welchen Zwecken sie von den Unternehmern gebraucht werden. Diese verdienen unser Mitleid, denn gegen Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens.“

Es leuchtet ein, daß die Handlungsweise der Arbeitswilligen alles andere als lobenswert ist. Dieser Ansicht war auch das Gewerbegericht in Hammover, das vor einigen Jahren die moralischen Eigenschaften der Arbeitswilligen anzweifelte. Die Unternehmerpresse war darüber sehr empört, ganz mit Unrecht. Viel Liebe haben doch die Unternehmer für die Streikbrecher auch nicht, was daraus zu ersehen ist, daß sie dieselben immer entlassen, sobald der Streik vorbei ist.“

So verurteilt die christlich-nationale „Baugewerkschaft“ den Streikbruch und jetzt arbeiten die Gewerkschaftssekretäre im Ruhrgebiet mit aller Macht daran, einen Massenstreikbruch herbeizuführen! Dafür gibt es nur ein kräftiges Pfui!

Noch immer genügt den Gewerkschaftssekretären die Streikbrecherorganisation nicht. Am Samstag, den 9. März, ließen sie vor den Zechen von eigens dazu bezahlten Leuten ein Flugblatt in einer Auflage von angeblich 400000 verbreiten, das abermals in der gewissenlosesten Weise die um ihr Menschenrecht kämpfenden Knappen verleumdete, beschimpfte, der Behörde als gewalttätige Verbrecher denunzierte. Dieses Schandblatt wurde unter den Augen der Polizei verteilt. Als aber Kameraden von den drei verbündeten Bergarbeiterorganisationen kamen, um Handzettel mit Versammlungsanzeigen zu verbreiten, da wurden an zahlreichen Stellen diese Handzettel polizeilich beschlagnahmt, einige Verteiler sogar verhaftet! Das nennt sich gleiches Recht für jedermann.

Wir machen den Polizeimannschaften keinen Vorwurf. Sie haben strikte ihren Instruktionen zu folgen. Wir wissen noch von 1905, daß die auch damals — auf Anruf der Zechenherren — in das Ruhrgebiet kommandierten Gendarmen sich fast ausnahmslos taktvoll benahmen, bei den vorgekommenen Ansammlungen nicht die Eisenfresser herauskehrten. Die Beamten müssen ihre Pflicht tun und wir fordern nachdrücklich alle Kameraden auf, den Gendarmen und Polizisten ihre Pflichterfüllung leicht zu machen.

Kameraden! Sorgt mit allen Kräften dafür, daß die Beamten an ihren Aufenthalt im Streikgebiet als eine angenehme, ruhig verlebte Zeit zuwenden! Sorgt dafür, daß die schändliche Absicht den Streikbrecherorganisation, unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet als der Zusammenplatz einer zügellosen Horde in Verruß zu bringen, schmächtig vorbei gelingt! Mit den Händen in der Tasche, kalten Blutes und ruhigen Gemüts muß unser gerechter Kampf durchgeführt werden. Unsere Geschicklichkeit tötet die Feinde der Arbeiterklasse.

Wenn sich irgendwo verdächtige Burichen mit zu Ungeheuerlichkeiten und Disziplinlosigkeiten aufreizende Redensarten an die Kameraden herannahen wollen, da haben unsere Vertrauens-

leute sofort einzugreifen, die Provokateure dingfest zu machen, damit festgestellt wird, woher des Weges sie kommen. Kameraden, Freunde! Das Wohl und Wehe der ganzen aufstrebenden Arbeiterschaft steht auf dem Spiele! Die schändliche Streikbruchheße der Gewerkschaftssekretäre, das bereits begonnene Verbreiten von Lügenberichten über „Bedrohung von Arbeitswilligen“, das Äußen der arbeiterfeindlichen Presse nach noch mehr Gendarmen und nach Militär jetzt doch dem Dämnesten, daß nun eiserne Ruhe und kaltes Blut die erste Bergamanspflicht ist! Nur die Arbeiterfeinde könnten sich über Unruhen freuen, da ihnen schwere Schläge gegen die unabhängige Arbeiterbewegung folgen würden!

Kameraden, Freunde! Macht die Pläne unserer Feinde gründlich zu Schanden! Die aufstrebende Arbeiterschaft ganz Deutschlands blickt auf euch. Mit herzlichster Teilnahme folgen auch weite Kreise des Bürgertums euren Kampf, auch sie verurteilen auf das Schärfste das in Ansehung der bedrohten Arbeiter- und Volksinteressen irrtümlich zu nennende Treiben der Streikbruchorganisationen. Niemals war die festgeschlossene Einigkeit aller Bergleute notwendiger als heute. Niemals waren die Aussichten auf eine unbedingt erfolgreiche bergmännische Lohnbewegung größer. Es bedurfte dazu nur der in Treue festem Einmütigkeit aller Bergarbeiterorganisationen, der sich heute noch weit mehr wie 1905 auch die Masse der Unorganisierten angeschlossen hätte. Eine Ueberschwemmung Deutschlands mit ausländischen Kohlen ist nun nicht zu befürchten. Im eigenen Lande herrscht steigende Nachfrage nach Kohlen, Stolz und Brilleis. Die Zechen haben schon für 1911 eine erhebliche Ueberschußvermehrung erzielt. Nun kommt bald noch eine bedeutende Kohlenpreiserhöhung hinzu. Die öffentliche Meinung verlangt darum, daß den Bergleuten der erstlitten Lohnverlust ersetzt, ihr Lohn ordentlich aufgebessert werde. Die Berechtigung der Lohnforderung wird eigentlich nur von den ausgesprochenen Zechenorganen bestritten. Aber wamü ist von dieser Seite schon jemals die Berechtigung einer wichtigen Arbeiterforderung anerkannt worden!?

Und in einer solchen Zeit, wonach sich die Kameraden lange gesehnt haben, worauf auch die Gewerkschaftssekretäre ihre drängenden Mitglieder vertrießten, in einer solchen Zeit arbeiten und wühlen die aus fast ganz Rheinland-Westfalen herbeigeleiteten Gewerkschaftssekretäre mit Versammlungen und Schandflugblättern voll schmachvollen Denunziationen für die Zerstückung der bergmännischen Lohnbewegung!

Es ist eine Schmach! Man muß sich schämen vor der ganzen Welt, der ein so trauriges Schauspiel geboten wird. Gelingt es diesmal nicht, den Bergleuten zu erringen, was ihnen als unsäglich schwer schustende Werteschaffer gebührt, dann fällt die volle Wucht der furchtbaren Schuld einzig und allein auf die Gewerkschaftssekretäre!!!

Müssen die Knappen ohne Erfolg in der Lohnbewegung in das Joch zurück, dann klagen sie an diejenigen, die sich nicht einmal mit einer passiven Haltung begnügten, sondern mit einem größeren Eifer als die ausgesprochen gelben Werkvereine den Massenstreikbruch organisierten!

Der Dreibund der Bergleute hat den schwereren, aber gerechten Kampf für das Bergarbeiterrecht erst aufgenommen, nachdem alle Mittel zur glücklichen Erreichung des Zieles erschöpft waren. Der Zechenbesitzerverband erklärt sich in Lohnfragen unzuständig. Den Arbeiterausschüssen wird von den Zechenverwaltungen kein Vertretungsrecht in Lohnfragen eingeräumt. Was bleibt den Bergleuten nun übrig? Abwarten? Wie lange und worauf warten? Auf eine Lohnrerhöhung, die in keiner Weise verbindlich zugesagt ist? Hat man in den „maßgebenden Kreisen“ kein Gefühl für die unwürdige, demoralisierende Stellung, in die sich eine aufstrebende Arbeiterschaft hineingedrückt fühlt, welcher man die Gefinnung rückgratloser Knechte zumutet.

Dieber ehrenvoll in unserem gerechten Kampfe unterliegen, als sich Kampflos zu erntedrigen! Und wenn auch eine Welt von Feinden sich bemächtigt, der Knappenschaft das Rückgrat zu brechen, so wird doch ihr gutes Recht, wird doch die Gerechtigkeit triumphieren.

Das polnische Tageblatt, der „Wiarus Polski“ (Bochum) fordert die polnischen Bergleute auf, nun mit ihren deutschen Kameraden den Streik durchzukämpfen! Es gibt keinen günstigeren Zeitpunkt dafür, wie jetzt, schreibt der „Wiarus Polski“ und erklärt, die Polen müßten sich nun als treue Gelden zeigen, die ihre Arbeitsbrüder nicht verraten!!! Polnische Bergleute, folgt alle dieser Mahnung eures Blattes!

Wer jetzt zurückbleibt, der will keine Verbesserung seines Loses! Kameraden, seid einzig! Meidet den Alkohol! Dieser Teufel hat schon manche Aktion der Arbeiterschaft verdorben. Spart eure Groschen für die Durchführung unseres schweren Kampfes auf! Keine Ansammlungen auf den Straßen, vor allen Dingen nicht vor den Zechen! Folgt unbedingt freudig euren erwählten Vertrauensleuten. Fügt euch ihren Kontrollvorschriften. Die Welt muß sehen, daß die kämpfende Ruhrbergarbeiterschaft keine wilde Horde ist, als welche sie in den Streikbrecherflugblättern denunziert wird.

Sibrt euch gar nicht an die noch kommenden Schwindelnachrichten in den arbeiterfeindlichen Blättern. Sie werden lügen wie gedruckt, um die Bewegung zu zerpfüttern, zu lähmen. Eure Vertrauensleute geben euch stets Auskunft über alle wichtigen Vorkommnisse.

Nur was die aus allen Orten zusammen von den drei verbündeten Organisationen befehligt, aus euren Vertrauensleuten und Mitkämpfern zusammengesetzte Revierkonferenz befehligt, nur das, einzig und allein nur das ist maßgebend. Nur die Revierkonferenz gibt die unbedingt zu befolgende Parole aus.

Kampfesgenossen! Eine Welt voll Feinde umringt uns! Aber nur keine Furcht, kein Jagen, keine Unruhe. Nicht einmal euren abgerackerten Körper aus, er hat es nötig.

Kameraden und Freunde! Seid euch bewußt, daß Millionen Arbeiterherzen in diesen Tagen für euch schlagen. Millionen freischütender Männer und Frauen von euch erwarten, daß ihr der großen Arbeiterbewegung ihre Schande macht. Begreift die Größe eures heiligen Kampfes. Bewußt der Welt, daß die alle Knappentreue noch lebt und triumphiert über alle Verräterei.

Ist der Kampf schwer, dann muß die Disziplin der Kämpfer um so unbreugsamer sein. Reicht euch die Hände brüderlich, ihr Knappen! Ihr sollt die Ehre der Bergleute wahren, ihr sollt ihr wieder Respekt verschaffen! Glückauf, Kameraden, durch Nacht zum Licht! Glückauf zum Kampf und Sieg!

# Heinrich Rämpchen †

Der wackere Sängler der deutschen Bergleute, ist am 6. März 1912 nach kurzer Krankheit verstorben. Das letzte Vermächtnis des teuren Colon ist nachstehendes Gedicht, das er wenige Stunden vor seinem Tode diktierte:

## Letzte Mahnung.

**Un, wo die deutschen Knappen  
Im heißen Kampfe steh'n,  
Muß ich im Bett mich winden  
Und tatenlos zuseh'n.**

**Kann nicht mit meinen Liedern  
Begleiten sie zur Schlacht,  
Kann nicht den Kampfmuth stärken,  
Wie ich es sonst gemacht.**

**Die Harfe lehnt im Winkel,  
Die Saiten sind noch straff,  
Nur dem, der sie geschlagen,  
Ihm sind die Saiten schlaff.**

**Vielleicht als letzte Mahnung  
Er heut' noch zu Euch spricht:  
Seid einig, liebe Brüder!  
Zerfleischt Euch länger nicht.**

**Blickt hin nach allen Seiten:  
Was Einigkeit nicht hält,  
Was Einheit nicht verbindet,  
Auch morsch zusammenfällt.**

**Nach England sollt ihr schauen,  
Wo's jetzt gewittert schwer —  
Selt steht die Treu' der Knappen  
Dort wie ein Fels im Meer.**

**Und ist es Todesahnung,  
Was heut' der Sängler spricht,  
Nehmt es als letzte Mahnung:  
Vergeßt die Treue nicht! — S. R.**

# Zur Lohnbewegung.

## Die Antworten der Bechenverwaltungen.

Auf die zehn Forderungen der drei Verbände haben die Bechenverwaltungen ablehnend geantwortet. Ein Teil der Antworten hat fast gleichlautend folgenden Inhalt:

„Wir müssen es ablehnen, uns zu den von Ihnen gestellten Forderungen zu äußern, da lediglich die nach Gesetzesvorschriften gebildeten Arbeiterausschüsse berufen sind, Anträge, Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis der Bechenverwaltung zu bringen.“

Man will also nur Anträge, Wünsche und Beschwerden von den Arbeiterausschüssen zur Kenntnis nehmen. Von einem Entgegenkommen ist keine Rede. Das ergibt sich noch deutlicher aus einer Anzahl anderer Antwortschreiben, welche fast übereinstimmend lauten:

„Auf Ihr an uns gerichtetes gefälliges Schreiben vom 19. Febr. teilen wir Ihnen höflichst mit, daß wir es ablehnen müssen, uns Ihnen gegenüber zu den aufgestellten Forderungen zu äußern. Lediglich die gemäß Gesetzesvorschrift gebildeten Arbeiterausschüsse sind berufen, Anträge, Wünsche und Beschwerden unserer Belegschaft zu unserer Kenntnis zu bringen; wie weit in dieser Beziehung die Zuständigkeit der Arbeiterausschüsse geht, ist durch die gesetzlichen Bestimmungen geregelt.“

In anderen Antwortschreiben wird gesagt: „Sofern unsere Belegschaft Anträge, Wünsche oder Beschwerden vorzubringen hat, ist dazu im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen lediglich der Arbeiterausschuß unseres Werkes berechtigt.“

Hier verschönt man sich also hinter die gesetzlichen Bestimmungen, wonach die Arbeiterausschüsse in der Lohnfrage nicht zuständig sind. Die Frage völlig aus dem Saß läßt die Verwaltung der Krupp'schen Zeche Salzer-Neuad, indem sie schreibt:

„Auf Ihre Eingabe vom 19. v. M. teilen wir Ihnen höflichst mit, daß wir eine Stellungnahme zu Ihren Forderungen ablehnen, da wir Sie als Vertreter unserer Arbeiterschaft nicht anerkennen können.“

Das ist deutlich, wenn auch nicht neu. „Wir sind Herren im Hause und lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Drücken Sie da dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge“, klang es aus der bekannten Ministerstürzerkonferenz heraus. Von den Herren, die selbst dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge drücken, kann man auch den Arbeiterorganisationen gegenüber nichts anderes erwarten.

Von ganz besonderem Interesse aber ist folgendes Antwortschreiben:

„Auf die gemeinsame Eingabe vom 19. Februar dieses Jahres erwidern wir ergebenst, daß der überwiegende Teil unserer Belegschaft im Gewerksverein christlicher Bergarbeiter organisiert ist und wir mit Rücksicht hierauf es nicht ablehnen müssen, zu den Forderungen Ihrer Verbände Stellung zu nehmen. Zudem erwidern wir in dem auf gesetzlicher Grundlage gebildeten Arbeiterausschuß den Vertretern unserer Belegschaft zur Vorbringung von Wünschen und Beschwerden, ohne jedoch diesem die Zuständigkeit in Lohnfragen zuzuerkennen.“

Mit Rücksicht darauf, daß der größte Teil der Arbeiter im Gewerksverein christlicher Bergarbeiter organisiert ist, lehnt es die Verwaltung ab, auf die Forderungen einzugehen! So werden die christlichen Arbeiter, Dank der Haltung ihrer Leitung, noch verhöhnt! Armer Gewerksverein, wie tief bist du gesunken!

Auf den gläsernen oder ähnlichen Ton sind auch die übrigen Antwortschreiben gestimmt. Aus allen klingt es in mehr oder weniger verblümter Form heraus: Wir bewilligen nichts! Die Arbeiterausschüsse können ja Wünsche und Beschwerden zu unserer Kenntnis bringen! Das tut niemand weh und kostet den Bechenherren nichts. Aber Zweck hat es nicht, denn für die Arbeiter wird nach allen bisherigen Erfahrungen nichts dabei herauskommen.

## Lohnverluste der Bergarbeiter.

186 654 116 M. Lohnverluste haben die Bergarbeiter im preussischen Bergbau vom 1. Quartal 1908 bis einschließlich 4. Quartal 1911 allein durch direkte Lohnrückgänge erlitten, ungerchnet die Verluste, die ihnen durch die vielen Feiertage entfallen sind. Im 4. Quartal 1907 hatten die Löhne fast überall den Höhepunkt erreicht, von da ab ging es, wie die unten stehende Tabelle zeigt, schnell abwärts. Wären die Löhne auf der Höhe, die sie im 4. Quartal 1907 erreicht hatten, auch nur stehen geblieben, hätten die Bergarbeiter in der angeführten Zeit 186 654 116 M. mehr verdient, die sie jetzt aber durch die Lohnrückgänge eingebüßt haben.

Die Lohnverluste sind berechnet nach den Angaben der amtlichen Lohnstatistik. Diese zeigt im 4. Quartal 1911 gegen das Vorquartal entweder Stillstand oder eine Steigerung um einige Pfennige, ein Beweis, wie recht der Dreibund hatte, als er in der Lohnfrage endlich ernsthafte Schritte unternahm. Die Durchschnittslöhne und die Lohnverluste seit 1907 betragen in den einzelnen Bergrevieren (in Mark):

	je im vierten Vierteljahre					Gesamtlohnverlust
	1907	1908	1909	1910	1911	
Muhrgebiet	4,09	4,70	4,48	4,81	4,75	145 828 947
Ober-schlesien	8,55	8,52	8,40	8,45	8,51	8 538 217
Nieder-schlesien	8,89	8,31	8,26	8,30	8,36	8 805 098
Saargebiet	4,07	4,08	3,98	4,01	4,14	4 054 087
Wagener Revier	4,00	4,54	4,41	4,52	4,64	4 215 008
Haller Braunkohlenrevier	8,70	8,58	8,57	8,85	8,74	5 348 447
Wilsch. Braunkohlenrevier	8,99	8,96	8,91	8,96	9,00	379 422
Haller Salzbergbau	8,08	8,02	8,88	4,04	4,28	402 064
Glauchhaller Salzbergbau	4,11	4,08	4,04	4,17	4,88	888 790
Wansfelber Erzbergbau	8,52	8,40	8,44	8,60	8,88	1 374 409
Siegener Erzbergbau	4,87	8,85	8,88	8,90	4,00	7 885 828
Rassauer Erzbergbau	8,51	8,02	8,10	8,30	8,41	2 822 018
Reichsheim. Erzbergbau	8,87	8,29	8,34	8,44	8,51	2 057 761
	Summa					186 654 116

In sechs Bergrevieren haben die Durchschnittslöhne die Höhe von 1907 überschritten, in sieben Bergrevieren stehen sie noch dahinter zurück, im Muhrgebiet um 24 Pf. pro Schicht. Dasselbe ungünstige Bild wie die Durchschnittslöhne zeigen auch die Löhne der Sauer und Leiharbeiter. Diese betragen (in Mark):

	je im vierten Vierteljahre				
	1907	1908	1909	1910	1911
Muhrgebiet	8,14	5,77	5,80	5,45	5,83
Ober-schlesien	4,10	4,02	3,97	3,81	4,01
Nieder-schlesien	8,78	8,01	8,51	8,34	8,08
Saargebiet	4,66	4,84	4,50	4,57	4,69
Wagener Revier	5,88	5,10	4,08	5,14	5,26
Haller Braunkohlenrevier	4,38	4,15	4,18	4,18	4,21
Wilsch. Braunkohlenrevier	4,81	4,27	4,84	4,40	4,49
Haller Salzbergbau	4,36	4,25	4,16	4,40	4,75
Glauchhaller Salzbergbau	4,87	4,83	4,51	4,60	4,83
Wansfelber Erzbergbau	8,78	8,58	8,81	8,77	4,05
Siegener Erzbergbau	4,97	4,04	4,08	4,88	4,50
Rassauer Erzbergbau	8,70	8,15	8,28	8,47	8,57
Reichsheim. Erzbergbau	4,17	8,64	8,89	8,82	8,92

Hier haben wir also die gleiche Erscheinung: in sechs Bergrevieren haben die Löhne die Höhe vom 4. Vierteljahre 1907 überschritten, in sieben Bergrevieren stehen sie noch dahinter zurück, am stärksten aber im Muhrgebiet, wo der Bergbau die besten Gewinne abwirft. Das ist recht bezeichnend für das Wohlwollen der Muhrgrubenbesitzer und eine glänzende Rechtfertigung für die Faltung und das Vorgehen des Dreibundes in der Lohnfrage. Wer sich auf das Wohlwollen der Bechenherren verläßt, der ist verlassen, dafür sind die vorstehenden Angaben ein schlagender Beweis.

## Höhere Löhne wurden durch höhere Leistungen erzielt.

Mit der besseren Konjunktur werden voraussichtlich auch die Löhne weiter steigen, versichert der Bechenverband in seiner Antwort auf die Lohningabe der drei Verbände. Eine bestimmte Zusage ist also in keiner Weise gemacht. Es wird mehr verdient werden, wenn die Arbeiter noch mehr Ueberleistungen machen und noch mehr leisten; das entspricht einer alten Erfahrung.

Die Bechenpresse versichert fortgesetzt, die Löhne seien schon erheblich gestiegen; daß die höheren Löhne aber durch höhere Leistungen und eine größere Zahl von Ueberleistungen erzielt wurden, wird wohlweislich verschwiegen. Leider ist das nur in einigen Fällen nachzuweisen, weil in den von den Bechen in der Presse veröffentlichten Berichten darüber meist keine Angaben gemacht werden. Dieser Umstand spricht aber nur zu Gunsten der Annahme, daß die höheren Löhne in der Tat durch höhere Leistungen erzielt wurden, von einer wirklichen Lohnerhöhung also überhaupt nicht geredet werden kann. Dafür nur einige Beispiele. Durchschnittslohn und Leistung pro Schicht und die gezahlte Dividende betragen:

Jahr	Eisener Bergwerksverein König Wilhelm:		
	Durchschnittslohn	Leistung	Dividende
1908	5,23 M.	1,088 T.	18-23 Proz.
1909	4,87 "	1,094 "	10-15 "
1910	4,81 "	1,128 "	15-20 "
1911	4,90 "	1,148 "	15-20 "
Kreuzberg'sche Bergwerks- und Hütten-Alliengesellschaft:			
1908	4,94 M.	0,868 T.	24 Proz.
1909	4,69 "	0,937 "	18 1/2 %
1910	4,75 "	1,054 "	24
1911	4,86 "	1,065 "	25
Eisenfischer Bergwerks-Alliengesellschaft:			
1908	5,14 M.	0,898 T.	9 Proz.
1909	4,76 "	0,893 T.	9
1910	4,81 "	0,895 "	10
1911	4,91 "	0,912 "	10
Königsborn Alliengesellschaft:			
1908	5,18 M.	1,052 T.	18 Proz.
1909	4,72 "	1,024 "	10
1910	4,88 "	1,118 "	12
1911	4,70 "	—	15

Leider hat Königsborn in dem in der Bechenpresse veröffentlichten Bericht die Leistung für 1911 nicht angegeben. In dem Bericht wird nur gesagt:

„Eine günstige Einwirkung übte auf die Betriebsergebnisse die auch diesmal zu verzeichnende weitere Steigerung der Förderleistung pro Mann und Schicht aus.“

Die Leistung ist also weiter gestiegen, den Bechenherren floß dadurch ein erhöhter Gewinn zu. Die Arbeiter aber wurden nicht einmal entsprechend ihrer höheren Leistung entlohnt. Die geringfügigen Lohnerhöhungen wurden durch erhöhte Leistungen mehr als aufgewogen. Das würde auch in Zukunft so bleiben, wenn die Bergarbeiter den jetzt günstigen Zeitpunkt verstreichen lassen, ohne ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

## Sind Lohnerhöhungen in Aussicht gestellt worden?

Nach wie vor behauptet die Zentrums-gewerksvereinsleitung, es seien Lohnerhöhungen in Aussicht gestellt worden und man müsse abwarten, was das Wohlwollen der Bechenherren den Bergarbeitern bringe. Dieses Märchen wird jetzt gründlich widerlegt von dem Dortmunder Zentrumsorgan, der „Tren-

monia“. Das Blatt, welches auch der Zentrums-gewerksvereinsleitung als Sprachrohr dient, schreibt in seiner Ausgabe vom 7. März u. a.:

„Es ist uns in der Tat unverständlich, daß Herr Desbrüd dieser gefährlichen Bergarbeiterbewegung, die nunmehr bereits seit zwei Monaten die Öffentlichkeit beschäftigt, so wenig Beachtung schenkt. Nachdem der preussische Fiskus Mitglied des Kohlenfiskus ist und an den höheren Kohlenpreisen mit profitiert, hat die Regierung die moralische Pflicht und auch die faktische Möglichkeit, mit einzugreifen. Das Mindeste, was die Regierung erreichen könnte, wäre eine positive Erklärung der Bechenbesitzer nach Lohnerhöhung. Wenn die Ansicht besteht, die Löhne steigen zu lassen, so vergeblich ist die Bechenbesitzer nichts, dies in positiver Form bestimmt zu erklären.“

Von ihrem Leib- und Wagenblatt werden die Zentrums-gewerksvereinsleitungen hier der Lüge überführt. Die Zentrums-gewerksvereinsleitungen behaupten wider besseres Wissen, die Bechenherren hätten Lohnerhöhungen in Aussicht gestellt und man müsse darum abwarten. Die „Trenmonia“ aber zerlegt diese Legende ungewollt, indem sie ausführt:

„Das Mindeste, was die Regierung erreichen könnte, wäre eine positive Erklärung der Bechenbesitzer nach Lohnerhöhung.“

Eine solche positive Erklärung ist danach bisher nicht gegeben worden und die Zentrums-gewerksvereinsleitungen beschwindeln die christlichen Bergarbeiter wider besseres Wissen.

## Löhne und Selbstkosten im Bergbau.

Nach den Nachweisungen über die Ergebnisse der fiskalischen Montanwerke, welche dem Landtage zugegangen sind, ist der preussische Fiskus der größte Bergwerksbesitzer Deutschlands. Die Gesamtzahl der auf den fiskalischen Montanwerken beschäftigten Personen belief sich 1910 auf 104 600, wovon fast 100 000 allein auf Kohlen-, Erz- und Salzbergwerke entfielen. Ein so großes Unternehmen kann in seinen Geschäftsberichten auch eine Unterlage bieten für die Untersuchung des Einflusses der Lohnhöhe auf die Produktionskosten. Leider ist die Untersuchung mangels ausreichender statistischer Angaben nicht für alle Betriebszweige durchzuführen, aber schon die ermöglichte Teiluntersuchung gibt eine wichtige Auskunft auf die gestellte Frage.

Beginnen wir mit den Steinkohlenbergwerken, weil bekanntlich die Erhöhung der Preise stets mit der Erhöhung der Lohnkosten begründet wird. Nun ist zwar nicht einmal für alle fiskalischen Steinkohlenarbeiter im Etatsjahr 1910 eine absolute Lohnerhöhung eingetreten; in Oberschlesien ging der Lohn sogar noch absolut zurück. Aber es kommt bei unserer Untersuchung weniger auf den pro Schicht ausgezahlten Lohn, sondern vorzüglich auf den relativen Anteil der Löhne an den Produktionskosten pro Tonne an. Da ergibt sich nun folgendes: Für die ober-schlesischen fiskalischen Kohlengruben betragen pro geförderte Tonne die

Jahr	Selbstkosten insgesamt	Davon an Löhnen
1909	7,84 M.	4,00 M.
1910	7,87 "	3,88 "

Danach gingen die Selbstkosten um 47 Pf. zurück; pro Tonne sind 14 Pf. weniger Lohn gezahlt worden. Die generell aufgestellte Behauptung, die Lohnkosten nähmen einen stets größer werdenden Teil der Produktionskosten in Anspruch, trifft sonach zunächst schon für die ober-schlesischen fiskalischen Kohlengruben nicht zu.

Für die fiskalischen Saarkohlengruben sind die Vergleichszahlen nicht detailliert angegeben. Es wird nur mitgeteilt, daß die Selbstkosten pro Tonne von 10,89 M. auf 9,99 M., also um 40 Pf. fielen, während der Verkaufserlös nur durchschnittlich um 30 Pf. zurückgegangen war. Da in derselben Zeit der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft um 1 Pf. (1) auf 3,97 M. stieg, ist hier eine erhebliche Selbstkostenverminderung bei gleichzeitiger, wenn auch jämmerlicher Lohnerhöhung eingetreten. Das Lohnbild bei dem Kohlenbergwerk am Deister (Hannover) ist klarer. Hier haben betragen pro Tonne die

Jahr	Selbstkosten insgesamt	Davon Lohnkosten	Der Durchschnittslohn
1909	8,95 M.	5,63 M.	3,48 M.
1910	8,88 "	5,18 "	3,58 "

Demnach sind die Selbstkosten überhaupt um 2 Pf., die Lohnkosten pro Tonne um 45 Pf. gefallen und der absolute Verdienst ist doch um 5 Pf. gestiegen. Von einer Verteuerung der Produktion durch gestiegene Lohnkosten kann auch hier durchaus keine Rede sein. Für die zur Hälfte dem Fürsten Schaumburg-Lippe gehörigen Kohlenbergwerke der vier fiskalischen Braunkohlengruben bei Eggersdorf, Löderburg, Langenberg und Zallwirt (Braubach) stiegen die Verkaufspreise pro Tonne um 6 Pf., die gesamten Selbstkosten fielen um 2 Pf., die Lohnkosten pro Tonne aber um 31 Pf.! Das beweist auch, daß einmal die stärkste Steigerung der Produktionskosten überhaupt nicht durch Lohnerhöhungen erfolgte, und daß bei Verminderung der Selbstkosten die verstärkte Ausnutzung der technischen und menschlichen Arbeitskräfte die Hauptrolle spielt.

Schließlich sei an dem Beispiel der fiskalischen Kalialzwerke aufgedeckt, daß das emige Jammern der Unternehmer über die starke Verteuerung der Produktionskosten durch die Lohnerhöhung eine wissenschaftliche Irreführung der öffentlichen Meinung ist. Es haben nämlich bei dem Staßfurter Werk betragen pro Tonne

	für Kalialzwerke		für Chloralkali	
	1909	1910	1909	1910
die Selbstkosten überhaupt	7,15 M.	5,98 M.	114,50 M.	109,20 M.
die Lohnkosten	8,04 M.	8,84 M.	13,68 M.	11,48 M.

Bei dem Werke Bleicherode gingen die Selbstkosten der erstklassig rentablen Fabrikation von Chloralkali von 92,89 auf 64,89 M., die Lohnkosten von 23,77 auf 17,42 M. zurück! Dabei stieg der Arbeiterlohn in Staßfurt nur um 14 Pf., der in Bleicherode um 21 Pf. pro Schicht (Durchschnitt). Die riesige Verbilligung der Produktion ist erzielt worden neben einer leider nur zu mäßigen Lohnausbesserung. Damit ist auch erwiesen, daß im Verhältnis zu ihrer Leistung die Arbeiter schlechter als vorher entlohnt wurden. Die zur Begründung fast aller Preis-erhöhungen behauptete fortgesetzte Steigerung der Lohnkosten ist, wie unsere Beispiele beweisen, in den bergbaulichen Industriezweigen nicht eingetreten.

## Verbündete des Zentrums-gewerksvereins.

Nachdem die Zentrums-gewerksvereinsleitung die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ als Publikationsorgan benutzt, kann es nicht überraschen, daß der „Bergknappe“ (Nr. 9 vom 2. März) auch das Lob eines polnischen Junkerblattes (schmügelnd registriert. Polnische Junker sind es, die in ihrem Hauptorgan „Dziennik Poznanski“ in Posen dem arbeiterverräterischen Treiben des Gewerksvereins in der jetzigen Lohnbewegung auf-richtigen Beifall zollen. Das Blatt der polnischen Schlichter hat nämlich jüngst in seiner Nr. 43 einen Artikel veröffentlicht, in welchem es zwar das Vorgehen der Polnischen Berufsvereinigungen mit Rücksicht auf die Gefahr, die polnischen Bergarbeiter könnten sonst bei den „sozialdemokratischen“ Verbänden ihre Zukunft suchen, zu entschuldigen sucht, sonst aber den durch den „christlichen“ Gewerksverein in der Lohnfrage eingenommenen Standpunkt für den einzig richtigen hält. Ob dieser Anerkennung fühlt sich der „Bergknappe“ sehr geschmeichelt und druckt daher den betreffenden Artikel mit sichtlichem Behagen insoweit ab, als dieser sich mit der Stellungnahme des Gewerksvereins zur Lohnbewegung befaßt. Er verbricht aber dabei eine Unehrlichkeit, wie er sie ja

off begehrt, indem er seinen Mitgliedern absichtlich die reaktionäre Tendenz des durch ihn zitierten Blattes nicht nur verschweigt, sondern sogar den Glauben zu erwecken versucht, als wäre das die allgemeine Meinung der Polen sowohl über die Stellungnahme des Gewerkschaftsvereins, wie über das Vorgehen der polnischen Berufsvereinigungen. Dies aber trifft keinesfalls zu. Der „Dziennik Poglanski“ ist ein Organ der polnischen Aristokratie, seine Meinung spiegelt genau die Ansichten der polnischen Junker und Industriellen wider, nicht aber die der polnischen Volksmassen. Dieses Blatt betreibt eine Politik, für die es in der übrigen bürgerlichen und demokratischen polnischen Presse scharf getadelt wird. Hat es doch kürzlich an die polnische Reichstagsfraktion das Ansehen gestellt, sie müsse „positive“ Politik machen und bei Wehrvorlagen der Regierung diejenigen Liberalen zu erziehen versuchen, die für solche Pläne nicht ganz sicher zu haben sind. Als Antwort darauf gab es eine allgemeine Entrüstung in der gesamten polnischen Presse. Welches Verständnis dieses Blattes den Wünschen und Forderungen der Arbeiter, auch der polnischen, entgegenbringt, dafür haben wir den besten Beweis darin, daß es erst kürzlich — unmittelbar bevor es sich zur Anerkennung des Beharens des Gewerkschaftsvereins emporgeschoben — die polnische Reichstagsfraktion aufs Heftigste angegriffen hat dafür, daß sie in ihren sozialen Vorschlägen für die Arbeiter zu viel fordert! Am meisten mißfällt dem polnischen Junkerblatt, daß die Polen in ihren Vorschlägen die reichsgewerbliche Einführung des achtkündigen Arbeitstages und freies Koalitionsrecht für die landwirtschaftlichen Arbeiter fordern! Daher ist es eine Annahme, die Meinung eines solchen Blattes als eine solche der polnischen Bevölkerung zu deuten. Es vertritt nämlich nicht die Interessen der Polen, am allerwenigsten der ärmeren polnischen Schichten, sondern die Interessen der polnischen und deutschen Magnaten und des Kapitals. So urteilt über das Blatt und seinen Inhalt auch ein großer Teil der polnischen Presse. So z. B. schreibt das Blatt des polnischen Landtagsabgeordneten Senda, die in Katowitz erscheinende „Gazeta Lubowa“ in ihrer Nr. 48 vom 25. Februar d. J.:

„Die Verhältnisse, die gleichzeitig reaktionäre sind, greifen jetzt die polnische Fraktion an, daß sie Vorschläge zum Schutze der polnischen Bevölkerung gestellt. So beurteilt der „Dziennik Poglanski“ die polnische Fraktion wegen dem Antrag, in dem sie die Einschränkung der Arbeitszeit für Vergleute und verwandte Gewerbe forderte. Der „Dziennik“ sagt, das sei ein „sozialistischer“ und zudem ein „veraltet“ Antrag, das man die Bestimmung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Vereinbarung zwischen den Beteiligten überlassen solle. In diesem Falle möge der kluge „Dziennik“ die Aufhebung der gesamten, zum Schutze der Arbeiter erlassenen sozialen Gesetzgebung fordern! Dann müssen doch alle sozialen Gesetze überflüssig sein, die man „der Vereinbarung der Beteiligten“ überlassen könne. Der „Dziennik“ spielt dabei die Rolle des Raben und ruft, es existieren doch riesige und starke Arbeiterorganisationen, die unter Androhung eines Streiks von den Arbeitgebern bessere Arbeitsbedingungen und Verbesserung der materiellen Lage verlangen können.“ Hat er denn tatsächlich noch nichts gehört von den Kampfmethoden der Arbeiter mit den Arbeitgebern? Hat denn der „Dziennik“ wirklich keine Ahnung von der Welt Gottes? Dann schmeie er lieber, denn für solche Auslassungen müssen wir uns schämen vor den Gegnern der polnischen Rationalität und den Ausbeutern der polnischen Arbeiterbevölkerung. Direkt lächerlich ist die Behauptung des „Dziennik“, daß es „seit vielen Jahren keine größeren Streiks gab, weil beide Seiten sich verständigt und die gegenseitigen Forderungen berücksichtigt haben.“ Wahrscheinlich, man weiß nicht, ob man dazu lachen oder weinen soll.“

In ähnlichem Sinne äußert sich auch der polnisch-demokratische „Kurjer Poglanski“. Der „Vergarbeiter“ hat daher alle Ursache, stolz zu sein auf die Schweißarbeiten seitens eines Blattes, von dem selbst ein polnisches Blatt schreibt, daß es sich für seine Anstaltungen schäme n muß.

**Bergarbeiterbewegung in Schaumburg-Lippe.**

Am 3. März fanden am Deister und in Schaumburg-Lippe 30 Verlegenschaftsversammlungen statt, die sich mit der Bergarbeiterbewegung beschäftigten. Trotzdem mitgeteilt worden war, daß in diese Versammlungen keine Referenten geschickt werden könnten, waren alle Versammlungen sehr gut besucht, zum Teil waren dieselben überfüllt. Nach den eingegangenen Resultaten nahmen mehr als 3000 Bergarbeiter an diesen Versammlungen teil. In allen Versammlungen wurde betont, daß die hiesigen Bergarbeiterlöhne höchst ungenügend seien, trotz gestiegener Werksüberflüsse, und daß die Löhne unbedingt aufgebessert werden müßten. In allen Versammlungen wurde ein Aufruf zu beschließen, sich dem Vorgehen der Ruhrbergarbeiter anzuschließen und wurden die Arbeiteranschüsse beauftragt, schleunigst die Wünsche der Kameraden zu formulieren und um Lohnerhöhungen zu erziehen.

Im allgemeinen bewegen sich die Forderungen der Bergarbeiter, neben Abschaffung von Mißständen, Erzielung besserer Behandlung seitens der Beamten, in der Richtung einer 10prozentigen Lohnerhöhung.

Es brennt also weiter, werden die Werksverwaltungen der berechtigten Unzufriedenheit der Bergarbeiter rechtzeitig Rechnung tragen?

**Unsere Lohnbewegung vor dem Reichstag.**

In der Reichstagsitzung vom 4. März hat Kamerad S a c h s e zu den brennenden Bergarbeiterfragen in einer großen Rede Stellung genommen. Soweit sie auf die gegenwärtige Lohnbewegung Bezug nimmt, lassen wir sie nachstehend folgen.

Nun, meine Herren, komme ich zu dem Teil, wegen dessen ich mich hauptsächlich zum Worte gemeldet habe, nämlich zu dem Teile der Bergarbeiterforderungen und unserer Vergesetzungsresolution, die Ihnen vorliegt auf Nr. 209 der Drucksachen. Die anderen Parteien haben ja auch ähnliche Resolutionen eingereicht. Der Herr Staatssekretär und auch der Herr Abgeordnete Mümm haben über die Bergarbeiterlöhne und die Bergarbeitervorgänge gesprochen. Der Herr Kollege Mümm teilte mit, daß heute auf Beche Kaiserstuhl I und II bei Dortmund und Scharnhorst bei Dortmund der Streik ausgebrochen sei. Ich bedauere mit dem Herrn Kollegen, daß es vorgekommen ist, möchte Sie aber bitten, einmal die bürgerliche Presse heute zu lesen. Ich habe mir vorhin den „Lokal-Anzeiger“ kommen lassen und da gelesen, daß circa 80 Prozent dieser Verlegenschaften die Arbeit niedergelegt haben, und dann heißt es in dem Bericht dieses bürgerlichen Blattes wie folgt:

„Die Verlegenschaften begründeten diesen Disziplinbruch damit, daß Lohnabzüge gemacht wurden wären, (hörl! hörl! bei den Sozialdemokraten) wo Lohnerhöhungen notwendig sind. Sei dem, wie ihm wolle — fährt die Zeitung fort — wenn wir auch die Erbitterung der Arbeiter über das provokatorische Verfahren der Bechen verstehen, so ist dennoch unter keinen Umständen zu billigen, und kann den Erfolg der Lohnbewegung aufs Spiel setzen, wenn disziplinwidrig verfahren wird.“

Meine Herren, ich kann Ihnen mitteilen — ich habe mit telephonischer Nachricht kommen lassen — daß seitens unseres Verbandes jetzt zur selben Zeit schon Verlegenschaftsversammlungen einberufen sind zu dem Zweck, die Leute wieder zum Aufstehen zu bewegen, die Leute wieder dazu zu bewegen, daß sie einheitlich mit ihren Kameraden Hand in Hand gehen und sozusagen nicht aus der Reihe tanzen. Aber warum ist das vorgekommen? Es ist nicht das erste Mal, daß uns jetzt gerade Lohnreduzierungen gemacht worden sind, sondern auch auf anderen Bechen — ich erinnere nur an die Beche Alte Saage — und auch an der Kruppischen Beche Hannover wurden vor 14 Tagen Lohnabzüge mitgeteilt, ebenso vom Oberhaufener Bezirk. Wo in der Presse überall Lohnreduzierungen hinauszupausen werden, macht man noch Lohnabzüge. Ist das nicht unerhört und provokierend?

Heute hat man auch im preussischen Landtag über den preussischen Vergesetzungsplan gesprochen. Man ist auf den Streik und auf die Lohnbewegung zu sprechen gekommen, wie mir mitgeteilt worden ist. Da hat der Herr preussische Regierungsvertreter — wenn ich nicht irre, wohl der Herr Handelsminister Endow selbst — mit dem national-liberalen Abgeordneten Biesch (Essen) von den „Heberrn“ gesprochen, hat von Solidarität gesprochen, die man den aufgegebenen Massen gegenüber vertreten will. Man hat also nicht in Aussicht gestellt, den berechtigten Wünschen der Arbeiter irgendwie nachzukommen, sondern man hat scharfmacherische Töne angeschlagen, meine Herren, und das möchte ich namentlich dem Herrn Staatssekretär sagen: wenn Sie verhindern wollen, daß im Bergarbeiter größere Störungen vorkommen, muß die Regierung und müssen die Arbeitgeber den Wünschen der Arbeiter entgegenkommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur unter der Bedingung kann also hier auf die Dauer der Frieden aufrecht erhalten werden.

**Die Bergarbeiterlöhne.**

Der Herr Kollege Mayer (Kaufbeuren) hat von den Bergarbeiterlöhnen gesprochen und das kolossale Sinken der Bergarbeiterlöhne hier konstatiert zu müssen geglaubt. Ich möchte auf das Kunststück hindeuten, das in dieser Beziehung immer gemacht wird; man führt die Bergarbeiterlöhne von 1880 immer an, gerade von dem Jahre, wo die Bergarbeiterlöhne in Preußen und Deutschland gerade seit den letzten vierzig Jahren am aller niedrigsten standen. Da fängt man an, den Lohn zu erwähnen; dann konstatiert man, daß von 1880 bis 1911, also in einem Zeitraum von 31 Jahren, einem Menschenalter, die Löhne ganz gewaltig anstiegen. Ich möchte das Wörtchen zerlegen; ich habe es schon einmal hier zu zerlegen gesucht. Ein Kollege, ein Zentrumabgeordneter, die immer arbeiterfreundlich sich aufspielen — das will ich hervorheben — hat es hier wieder für notwendig gehalten, das kolossale Sinken der Arbeiterlöhne zu konstataren. Da will ich doch einmal hervorheben, daß die Bergarbeiterlöhne im Jahre 1872 und 1873 fast doppelt so hoch waren wie im Jahre 1886. (Hörl! hörl! bei den Sozialdemokraten.) Also wenn man von dem Sinken der Arbeiterlöhne spricht, mag man nur mit dem Jahre 1872 und 1873 anfangen, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild.

Damals war die amtliche Lohnstatistik noch nicht so ausgebaut wie heute, aber es liegen einzelne Durchschnittslöhne der damaligen Zeit von verschiedenen Bechen vor. Daran geht hervor, daß auf der Beche Dahlbusch bei Essen im Jahre 1878 die Bergarbeiter einen Durchschnittslohn von 1777 Mark verdienten, 1886 nur noch von 1088 Mark. Auf der Beche Dahlhausen-Teufelau kam der Durchschnittslohn 1878 auf 591 Mark und 1886 nur noch auf 454 Mark. (Hörl! hörl! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Westfälischen Bergwerksgesellschaft hand der Durchschnittslohn der Arbeiter im Jahre 1878 auf 441 Mark, im Jahre 1886 auf 207 Mark, im Jahre 1910 auf 487 Mark. Also nur ein ganz geringes Mehr wurde 1910 durchschnittlich verdient als 1872 und 1873. Die Beche Sibernia hatte 1874 einen Durchschnittslohn von 3,00 Mark, 1880 von 3,04 Mark, 1910 von 4,82 Mark. Warum hat denn der Herr Kollege Mayer (Kaufbeuren) nicht von dem stark gestiegenen Durchschnittslohn der Bechen gesprochen? Die Herren Grubenbarone, wie wir sie immer nennen, fragen so über das kolossale Sinken der sozialpolitischen Lasten, der Steuerlasten der betreffenden Bergwerksunternehmungen. Nun will ich Ihnen einmal vortragen, welche Lebenslöhne und Procente die Werke verteilt haben in dem Jahrzehnt von 1880 bis 1881 gegenüber dem Jahrzehnt von 1900 bis 1910. Der Köhler Bergwerksverein (Sib Effent) hat in dem ersten Jahrzehnt, also von 1880 bis 1881, 20,5 Prozent verteilt, in dem zweiten Jahrzehnt von 1900 bis 1910 aber nicht 20,5 Prozent, sondern 17,5 Prozent. (Hörl! hörl! bei den Sozialdemokraten.) So bin ich Ihnen eine ganze Liste vorlegen, will aber nur noch auf einige bekannte zurückgreifen.

Die Verwaltung „Rhönig“ (Ruhroert), hat im ersten Jahrzehnt 24,5 Prozent, in den letzten von mir angeführten Jahren 65 Prozent verteilt; die Gutehoffnungshütte im ersten Jahrzehnt 25 Prozent, im letzten 100 Prozent, und so geht es nacheinander fort. — Auch die kleinen Werkschaften, z. B. Wartenburg, hat im ersten Jahrzehnt (1880 bis 1884) 510 M. Ausbeute verteilt, in den letzten Jahren 1030 M.; Konstantin der Große, eine sehr große Werkschaft, eine sogenannte reine Beche, die nicht mit Stützwerten verflochten ist, hat in dem ersten genannten Jahrzehnt 1835 M. Ausbeute und in dem anderen genannten Jahrzehnt 10600 M. Ausbeute verteilt. (Hörl! hörl! bei den Soz.) Das ist ein kolossales Anwachsen; aber bei den Bergarbeiterlöhnen ist es nicht so.

Der Durchschnittslohn der gelernten Bergarbeiter, der Bauer, betrug in Weiskalen in der günstigen Periode, im vierten Quartal 1907, 6,14 M.; er ging dann im Jahre 1911 auf 5,80 M. hinunter und hat, langsam steigend, im vierten Quartal 1911 wieder 6,58 M. erreicht. Das sind die Zahlen der amtlichen Statistik. Die übrigen Durchschnittslöhne sind noch viel niedriger. Im rheinisch-westfälischen Revier betrug der Durchschnittslohn sämtlicher Vergleute 1907 beim Höchststande 4,90 M., dann sank er im Jahre 1909 auf 4,48 M. und ist jetzt wieder gestiegen auf 4,75 M. Angesichts solcher Löhne können Sie nicht davon sprechen, daß die Bergarbeiter zu nobel bezahlt würden und zu viel verdienen! In Oberschlesien, Niederschlesien und im sächsischen Steins- und Braunkohlengebiet sind die Löhne noch bedeutend niedriger als im rheinisch-westfälischen Gebiet. Der Bergmann, der einen der gefährlichsten und schwersten Verufe ausübt, müßte doch mindestens pro Schicht so viel verdienen, wie ein Bauarbeiter in den Großstädten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nach der amtlichen Lohnstatistik aber verdienen sämtliche Bergarbeiter durchschnittlich im vierten Quartal 1911 um 24 Pf. pro Schicht weniger, als im vierten Quartal 1907; und die Pauer — die eigentlichen Vergleute — verdienen im vierten Quartal 1911 um 51 Pf. pro Schicht weniger, als im vierten Quartal 1907, trotz der Teuerung, trotz der inzwischen gestiegenen Preise für Lebensmittel, Mieten und der höheren Steuern! (Hörl! hörl! bei den Soz.)

**Die Unternehmergewinne.**

Anders sieht es bei den Bechenherren aus. Diese hatten bisher noch keine Kohlenpreiserhöhung — dieselbe tritt bekanntlich, erst am 1. April d. J. in Kraft; trotzdem aber hatten die Aufregungen, auch Braunkohlengewinne, gewaltige Mehrerlöse und Mehrerträge zu verzeichnen. So hatte das große Unternehmen Rhönig im Geschäftsjahre 1908/09 einen Gesamtüberschuß von 23 Millionen, im Geschäftsjahre 1909/10 einen solchen von 30 Millionen und im Geschäftsjahre 1910/11 einen solchen von 33 1/2 Millionen. Die Gutehoffnungshütte hatte im Geschäftsjahre 1908/09 11 828 000 M. Gesamtüberschuß, im Geschäftsjahre 1909/10 einen Gesamtüberschuß von 12 131 000 M. und im Jahre 1910/11 12 379 000 M. Der Bochumer Verein hatte in den drei Jahren Ueberflüsse von 5 235 000 M. bzw. 5 420 000 M. bzw. 6 248 000 M. (Hörl! hörl! bei den Soz.)

So könnte ich die Liste fortsetzen und Ihnen die Zahlen von mindestens 24 Bechen angeben, wo es ähnlich steht, ein Beweis, daß unter den Bergwerksunternehmern eine große Anzahl solcher vorhanden ist, die trotz der gleichgebliebenen Kohlenpreise in den letzten Jahren mehr und mehr anständige Gewinne zu verzeichnen haben. Dazu kommt nun noch die Erhöhung der Kohlenpreise.

Das angesichts der Mehrerträge, die die Bergherren einheimen, und andererseits angesichts der Lohnreduzierung, die bei den Bergarbeitern zu verzeichnen ist, die Arbeiter unzufrieden werden und nach höheren Löhnen streben, das ist eigentlich nicht nur leicht begreiflich, sondern es ist selbstverständlich (Sehr richtig! bei den Soz.), daß die Leute dann unzufrieden werden und Abhilfe verlangen. Da brauchte man nicht mit dem englischen Streik zu kommen. Wir sind nicht von den englischen Arbeitern zu Sympathie- oder Solidaritätsstreiks aufgefordert worden. Wer das behauptet, der sagt die Unwahrheit! (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich konstatiere nur die eine Tatsache: Sehen Sie nach Amerika! Auch in Amerika nehmen die Bergarbeiter die Gelegenheiten wahr — und sie waren Efel, wenn sie es nicht täten! Sie sind nicht im internationalen Komitee, nicht auf einem internationalen Kongress in den letzten zwei oder drei Jahren gewesen, und trotzdem gehen sie jetzt auch mit Lohnforderungen vor.

**Der Gang der Lohnbewegung.**

Die Bewegung ist bei uns in Deutschland schon älter gewesen. Wir haben die Bewegung eigentlich schon im Herbst 1910 eingeleitet und nicht erst 1911. Wir haben sie im vorigen Jahre vertagt, weil der christliche Gewerbeverein sich abspaltete und weil wir andernteils verdrängt wurden, wir wollten deshalb, weil die Reichstagswahlen vor der Tür standen, die Massen nur aufheben, um bessere Wahlergebnisse zu machen. In dasselbe Ziel stimmte nicht nur die Verleumdung ein, sondern leider auch die christliche Presse. (Zuruf von der Westfälischen Vereinigung: Ganz mit Recht!) Ganz mit Unrecht! Wer das behauptet, der behauptet die Unwahrheit, sage ich Ihnen, Herr Kollege Kaufmann! (Sehr richtig! bei den Soz.) Fragen Sie die Hirsch-Dunderferden, fragen Sie die politischen Kameraden, von denen Sie gewiß nicht mit Recht annehmen können, daß sie ins sozial-

demokratische Horn blasen; die werden behaupten, daß damals gerade das Gegenteil gesagt wurde; wir wollen die Lohnbewegung jetzt noch vornehmen, damit wir nicht an die Reichstagswahlen heranrücken und vielleicht verdrängt werden, als wenn wir der Reichstagswahlen wegen die Lohnbewegungen inszeniert hätten. Das ist die Wahrheit; etwas anderes können Sie nicht beweisen, weil es nicht den Tatsachen entspricht. (Zuruf aus dem Centrum.) Ihren Wohlwollen habe ich nicht ganz verstanden. Wenn Sie etwas anderes behaupten, dann treten Sie bitte, an die Öffentlichkeit heraus. Nicht nur die sozialdemokratischen Organisierten, sondern auch die Hirsch-Dunderferden und die politischen Kameraden werden Ihnen sagen, daß Sie dann das Gegenteil der Wahrheit behaupten, wenn Sie das aufrecht erhalten wollen.

Meine Herren, im Februar 1911 hatten wir uns noch dahin verständigt, daß wir sofort nach den Wahlen wieder auf die Lohnforderungen zurückkommen wollten; und das ist geschehen. Aber im Herbst 1911, als die Teuerung so kolossal überhand nahm, hielt der Hirsch-Dunderferden Verband es für notwendig, erneut zu einer Sitzung einzuladen. Auch damals wurden sich die Verbände nicht einig, und man hat damals in Aussicht genommen, daß, wenn die Wahlen vorbei sind — wenn die Wahlen vorbei sind, hören Sie, Herr Kollege Kaufmann? — und wenn sich namentlich in England die Bewegung gleichmäßig so entwickeln sollte, daß man dann die Gelegenheit wahrnehmen könnte, im Interesse der deutschen Bergarbeiterbewegung von neuem an die Lohnbewegung heranzutreten. Das sind Tatsachen, die niemand widerlegen kann. Mit dieser Taktik erklärten sich auch im Herbst 1911 christliche Führer einverstanden. Deshalb ist das Geschrei von internationalen Generalstreik, den die „roten Heber“ haben wollten, unwahr, ebenso wie die Nachricht, die gestern schon verbreitet wurde — man muß sich wundern, daß solche Wärschen in die bürgerlichen Zeitungen kommen können —, die Sozialdemokraten Deutschlands hätten schon eine halbe Million an das Generalkomitee in England abgeliefert. Meine Herren, die englischen Bergarbeiter haben allein über 43 Millionen Mark, haben am 1. März den Generalstreik begonnen, und da sollen die deutschen Arbeiter ihnen schon am 2. März mit einer halben Million zu Hilfe gekommen sein? Wer solches Wiederglauben kann, — ich weiß nicht, wie es bei dem in Oberstübchen beschaffen ist. (Zuruf bei den Soz.) Ich kann nur konstataren: die englischen Arbeiter haben bisher weder unsere finanzielle Hilfe, noch auch unsere sonstige Solidarität gebraucht und auch nicht beantragt. In der letzten Sitzung des internationalen Bergarbeiterkomitees wurde von den Engländern vielmehr eine Resolution vorgelegt, in der ausdrücklich gesagt war, sie verlangen von den Kameraden des Kontinents nicht, daß sie in einen Sympathie- oder Solidaritätsstreik eintreten, erwarteten aber — das beruht auf Gegenseitigkeit —, daß nicht eine Bergarbeiterkorporation des Kontinents den Engländern über umgekehrt die Engländer den Kameraden des Kontinents in den Rücken fallen würden, wenn sie kämpfen müßten und in den Streik eintreten würden. Also nur die Konkurrenz, die Kohlenzufuhr wollte man sich gegenseitig vom Halbe halten. Wie angesichts solcher Tatsachen der Leiter des christlichen Gewerbevereins zu der Stellung kommen kann, die er eingenommen hat, das mag er mit sich selber abmachen, das mag er vor sich und vor der Welt verantworten. Vor den Arbeitern, vor unseren Kameraden im Bergbau kann er nicht verantworten, was er jetzt tut. Wenn ein Funke von Solidarität und Willkürgefühl gegenüber den schlecht bezahlten deutschen Kameraden bei der Leitung des christlichen Gewerbevereins vorhanden wäre — denn für die deutschen Kameraden wollen wir Vorteile und endlich einmal wieder nennenswerte Löhne erzielen, wie sie wenigstens 1907 verdient worden sind, und angesichts der Teuerung noch darüber hinaus —, dann hätte der christliche Gewerbeverein auch Solidarität für die deutschen Kameraden mitbringen müssen; dann hätte die christliche Gewerbevereinsleitung die Interessen ihrer Mitglieder vertreten und mit uns gemeinsam die Lohnbewegung machen müssen. (Zuruf: Darüber entscheiden wir!) Da sagt man aber: Wir tun es deshalb nicht, weil wir uns nicht vor den englischen Karren spannen lassen wollen, weil schon Lohnreduzierungen versprochen worden sind.

**Das Märchen von der Lohnreduzierung.**

Meine Herren, wie es mit den Lohnreduzierungen aussieht, darüber folgendes. Von einer größeren Anzahl westfälischer Bechen — nur von solchen! — sind den im Schichtlohn arbeitenden Arbeitern — das sind fast ausnahmslos Ubertagsarbeiter — zum 1. März, teilweise sogar erst zum 1. April, Lohnzulagen von 10 und 20, von berechneten Werken auch 30 Pf. pro Schicht versprochen worden; (Hörl! hörl! bei den Soz.) den im Gebirge arbeitenden, den eigentlichen gelernten Bergarbeitern ist nichts versprochen worden mit ganz geringen Ausnahmen! (Hörl! hörl! bei den Soz.) Im Gegenteil, wie ich vorhin konstatierte und wie die Tatsache des Streiks auf den Bechen Schurnhorst und Kaiserstuhl beweist, sind sogar noch Lohnreduzierungen vorgenommen worden. Die Kruppische Hannover kürzte den Bauern schon den Lohn, als sie 5,80 M. pro Schicht verdient hatten. (Hörl! hörl! bei den Soz.) Ich habe vorhin schon die Tatsache angeführt, daß selbst das Kohlenfeldbrot neuerdings bekannt gemacht hat, daß es nicht daran denke, Kohlen nach England während des Streiks auszuführen. Es würde ihm auch wahrscheinlich schlecht bekommen — das will ich hier konstataren. Aber dann ist behauptet worden, namentlich in der Bechenpresse, daß England deutsche Gebiete mit der Einfuhr von Kohlen überflüsse. Auch das ist nicht wahr. Seit 1907 ist die Kohleneinfuhr aus England gewaltig zurückgegangen. Sie betrug im Berichtsjahre 1907 nach der amtlichen Statistik 11 952 000 Tonnen, im Jahre 1910 nur noch 9 653 000 Tonnen; das ist also ein Rückgang von ca. 2 1/2 Millionen Tonnen pro Jahr. Dagegen hat die Ausfuhr deutscher Kohlen in denselben Jahren ganz enorm zugenommen. Sie betrug im Jahre 1907 20 061 000 Tonnen und im Jahre 1910 24 257 000 Tonnen. (Hörl! hörl! bei den Soz.) Danach kann von einer Gefährdung der deutschen Kohle oder von einer stärker werdenden Konkurrenz gar keine Rede sein. Deshalb ist das Spiel, das man damit treibt, indem man behauptet, daß die Engländer unsere Kohleneinfuhr und deutsche Interessen zu stark schädigen, ein ganz unverantwortliches.

Streut habe ich mich über den Herrn Kollegen Freiherrn v. Camp, als er über die Arbeitszeit sprach. Ausnahmsweise konnte ich mich mal über ihn freuen. Ich wollte mich freuen, wenn die Entwicklung bei ihm nicht stille steht, sondern wenn sie noch weiter geht. Er hat nämlich in Bezug auf die Arbeitszeit angeführt, die Regelung oder die Verkürzung der Arbeitszeit könne nicht von Regierung zu Regierung, sondern müßte von Arbeitern zu Arbeitern zwischen den verschiedenen Ländern geregelt werden. Damit empfiehlt er den Arbeitern die Internationalität. Ganz wie wir das von jeher angestrebt haben! Auf internationalem Wege sollen die Arbeiter das antreiben, und das haben die Bergarbeiter von jeher getan. Daher die Beschlüsse der internationalen Bergarbeiterkongresse, die die Bergarbeiter aller Länder verpflichten, in ihren Ländern gesetzliche Schichtzeiten, gesetzliche Maximalarbeitszeiten zu erreichen.

**Arbeitszeit und Ueberflüssen.**

In dieser Beziehung steht es bei uns im deutschen Bergbau traurig aus. Fürst Bülow hat hier das Wort geprägt: Preußen in Deutschland, Deutschland in der Welt voran! In Bezug auf die Maximalarbeitszeit bei dem schwerer geplanten Bergarbeiterberuf muß sich Deutschland den anderen Ländern gegenüber schämen. In dem Reichs-Verordnungs-Dezernat besteht seit zehn Jahren die gesetzliche neunstündige Arbeitszeit, in Belgien seit vorigem Jahre die gesetzliche neunstündige Maximalarbeitszeit, in Frankreich die achtkündige, in England die achtkündige Maximalarbeitszeit. Dabei will ich noch erwähnen, daß auch in Oesterreich, in Belgien und in England das Ueberflüssen von Kohlen teilweise gesetzlich eingeschränkt, teilweise gesetzlich ganz verboten ist. (Hörl! hörl! bei den Soz.) Bei uns ist es ein Hauptflagellat bei den Bergarbeitern Deutschlands, daß sie nicht nur wie in Weiskalen 8 1/2 Stunden, in anderen Steinkohlen- und in den Braunkohlengruben 9, ja sogar 10 und 12 Stunden, in Niederschlesien 9 und 10 Stunden, in Sachsen ebenfalls 10 bis 12 Stunden, also: achtkündige Schichten, zu arbeiten haben. Aus Oberschlesien konnte ich jetzt lesen, daß trotz der dort vorherrschenden zwölfstündigen Schichtzeit die Leute noch gezwungen waren, eine ganze Menge Ueberflüssen zu machen. (Hörl! hörl! bei den Soz.)

Die Arbeitergesundheitsfrage wird mit Gewalt ruiniert. Die Statistik beweist es uns ja. Die Krankenstatistik in den Knappschaftskassen beweist, daß in Rheinland-Westfalen im Jahre 1910 von 100 Bergarbeitern 65,9 krank gewesen sind. (Hörl! hörl! bei den Soz.) In den Braunkohlengruben erreicht die Zahl die gleiche Höhe. In den Braunkohlengruben geht die Krankenziffer noch weiter über 100 Prozent hinaus. Bis 120 werden von 100 jährlich krank, und im Ruhrrevier, in einem Steinkohlengruben bei uns im Südwesten, werden von 100 Bergarbeitern 141,7 krank. (Hörl! hörl! bei den Soz.) Das sind erschreckende, ja — ich sage es noch einmal — erschreckende Zahlen für Deutschland. (Lebhaft Zustimmung bei den Soz.) Und da wagt es niemand, weder die Reichsregierung, noch die preussische Regierung,

den Bergarbeitern in die Arme zu fallen und zu sagen: so geht's nicht weiter, wir müssen uns den anderen Männern gegenüber schämen, müssen eine gesetzliche Marginalarbeitszeit auch für den Bergbau und ein gesetzliches Verbot der Überstunden einführen. Dazu haben sich die Regierungen noch nicht aufgerafft. Die Bergarbeiter werden es erst recht nicht tun, sondern nur, wenn die Bergarbeiter sich aufrufen und ein „Wils Bisher und nicht weiter!“ rufen, erst dann wird es anders werden. (Wohlfühl Zustimmung bei den Sog.)

Ich habe kürzlich mit einem alten erfahrenen Bergmann aus dem Oberhauener Bezirk gesprochen. Der sagte mir: Es ist kaum noch zum Aushalten, auf unserer Seite arbeitet jetzt fast alles nur noch in einem (Hört! Hört!) bei den Sog., so heißt es. Und trotzdem der Pfanzug zu überleben. Die Sicherheitsmänner waren auf der Seite der Überstunden vor das Forum gerufen, zum Direktor bestellt, und es war ihnen gesagt worden: „Wenn Sie nicht aufhören, mir die ganze Belegschaft gegen das Überstundenmachen aufzuhängen, werden Sie die Konsequenzen zu sehen haben.“ (Hört! Hört! bei den Sog.) Da sagten die Sicherheitsmänner: „Ja, Herr Direktor, was ist denn los? Wir wissen von gar nichts, wir haben weder versucht, die Belegschaft aufzuhängen, noch Flugblätter verbreitet, noch haben wir weder in Versammlungen, noch persönlich mit den Belegschaften gesprochen, noch ihnen abgeraten, Überstunden zu machen.“ Was war die Antwort des Direktors? „Weil Sie Sicherheitsmänner sind und die Überstunden nicht mitmachen, deshalb haben Sie mir die Belegschaft auf.“ (Hört! Hört! bei den Sog.) Mit solchen Mäßen, mit solchen Drohungen arbeitet man, um auch den letzten Mann zu Überstunden zu zwingen, seine Gesundheit mit Gewalt zu ruinieren. Beschämend ist es, daß die Arbeitgeber die Gesundheit der Arbeiter so mit Füßen treten und keine Rücksicht auf sie nehmen und die Regierung es nicht wagt, solchen Ausbeutern gegenüber einbilde einmal die gesetzgeberische Maschine in Kraft zu setzen und einen wirklichen Arbeiterschutz zu vollziehen. (Hört! Hört! bei den Sog.)

Meine Herren, der Herr Staatssekretär Dr. Dellbrück wird kommen und sagen: „Ja, wir haben, als ich noch preussischer Handelsminister war, in das preussische Berggesetz den Gesundheitsartikel hineingebracht.“ „Gesundheitsartikel“ — von dem niemand was merkt und der nichts tun kann und nichts tun darf. Ich will das nicht näher beleuchten. Mit Gesundheitsartikeln ist den Arbeitern nicht geholfen. Gesundheits-schädliche Gesetzesvorschriften wollen sie haben; das ist die Hauptforderung. (Sehr richtig! bei den Sog.)

Ich will das Thema der Sicherheitsmänner nicht ansprechen; aber wenn das Reichsberggesetz kommt, dann muß auf diesem Gebiete etwas anderes geschehen. Es kann nicht abgefristet werden, daß das Sicherheitsmännerrecht heute schon weißes Salz geworden ist, wie es die Bergarbeiter gewünscht haben. Nicht nur Preisverbänder, sondern eine ganze Anzahl aus dem christlichen Lager haben schon ihre Sicherheitsmännerstellen quittiert, weil sie es nicht ausbilden konnten. (Hört! Hört! bei den Sog.) weil ihnen die Löhne so reduziert wurden, daß sie an die Verbände kamen und sagten: „Für mich und den Lohnverlust ergeben, den wir als Sicherheitsmänner haben; wenn wir die Mitglieder in das Rechnungsbuch eintragen, herdenten wir pro Schicht 1 bis 1,50 Mk. weniger.“ So war es, wie gesagt, nicht nur bei uns, sondern auch bei den christlichen Gewerkschaften, und als wir das System der Schichtloshaltung nicht einschlagen konnten, haben zahlreiche Sicherheitsmänner ihre Arbeitstellen verlassen, um den Vorkräntzungen zu entgehen, die von den Rechnungsbüchern und Rechnungsbüchern der Schichtmacherei angewendet wurden. Also wir müssen in dieser Beziehung an unserer alten Forderung festhalten, daß freigelegte Grubenkontrollen geschaffen werden, die nicht von Grubenbesitzern abhängig sind, sondern die frei sind und die Gesundheit der Arbeiter schützen und die Arbeiter vor den zahlreich drohenden Grubenunfällen bewahren können, mehr als es bisher der Fall war.

**Die Lage der Braunkohlenarbeiter.**

Meine Herren, ich will auf die Unfallszahlen hier nicht eingehen, denn sie sind schon verschiedentlich hier vorgebracht worden sind. Aber das eine will ich noch erwähnen: Meinem Parteifreunde Wels sind aus dem Braunkohlenrevier Genfremde Briefe zugegangen, in denen nicht nur über die jämmerlich niedrigen Löhne, sondern auch über Verletzung der deutschen Arbeiter geklagt worden ist, weil die Bergarbeiter Galizier und andere Ausländer herbeizögen. Da wird ferner geklagt, wie die Leute in Baracken eingepfercht werden, in Kantine ihr Geld vergehen müssen, dort ausgebeutet werden und vor Schmutz flarren, daß man wahrhaftig von Menschen nicht reden kann, daß sie nicht mehr wie Menschen behandelt werden, sondern leben — man muß es offen sagen — wie das Vieh. (Hört! Hört! bei den Sog.) Solche ausländische Arbeiter werden bevorzugt, der Lohn heruntergedrückt, ihnen jedes Organisationsrecht abgestritten, und wenn sie es wagen, einem Verbande beizutreten, dann kommt die Polizei und weiß sie als lästige Ausländer aus; wenn sie aber wie die Schweine ihr elendes Dasein fristen und sich die schmutzigste Rohndrucker gefahren lassen bei den Braunkohlenarbeiten der Braunkohlengruben, dann sind diese Ausländer herzlich willkommen. Dann wundern Sie sich nur angeht solcher Tatsachen, daß die Arbeiter aufgeregt werden. Da brauchen keine Geber zu kommen, die Geber sind anderswo zu suchen (Hört! Hört! bei den Sog.), sie sitzen in den Streifen der Schichtmacher, der rücksichtslosen Ausbeuter, die den geringsten sanitären Fortschritt zumißig machen, das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichten. In dem Braunkohlengruben wird immer und immer wieder versucht, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu hinterziehen. Die Grube Ase, von der auch ein solcher Schmerzensschrei kommt, hat in den letzten Jahren 10, dann 18, dann 22, dann 24 und, wenn ich nicht irre, im letzten Jahre 26 Prozent Dividende verteilt. (Hört! Hört! bei den Sog.) Und angesichts dieser kolossalen Über-schüsse wagen es die Aktionäre und Kapitalisten, die Arbeiter zu zwingen, jede Organisation zu meiden. Mit Wohlfahrtseinrichtungen werden die Arbeiter überhäuft; das sind die Wohlfahrtseinrichtungen, denen Herr Freyherr v. Vamp das Loblied gesungen hat. Das sind die Wohlfahrtseinrichtungen! Wehe, wenn in diese Wohlfahrtseinrichtungen ein Zeitungs-schreiber hineingehört, wehe, wenn in diese Wohlfahrtseinrichtungen ein Verbandsbote hineinkommt, wehe, wenn in diesen Wohlfahrtseinrichtungen etwas gemacht wird, was den Herren nicht in den Kram paßt! Also Unterdrückung jeder freien Bewegung, jedes gesetzlich verbürgten Rechts, das in die Rechte dieser Herren.

Die Braunkohlenarbeiter — das möchte ich auch dem Herrn Staatssekretär ausdrücklich sagen — haben im vorigen Jahre versucht, einen Lohnvertrag in den Braunkohlengruben einzuführen. Da waren es dieselben Herren und Bestellen, die jetzt wieder mit schorfmacherischen Worten drohen — die Beamten aus dem Braunkohlengruben haben es ausgeplaudert —, die haben in Hannover eine Konferenz der Werksbesitzer abgehalten und haben die Braunkohlengrubenbesitzer gezwungen, ja nicht nachzugeben, trotzdem sich im Braunkohlengruben der Lohnvertrag jetzt hätte einführen lassen. Die Braunkohlengrubenbesitzer sind also von den Grubenbesitzern in Westfalen geradezu gezwungen worden, ja nicht nachzugeben und unter keinen Umständen den Arbeitern einen Lohnvertrag zu bewilligen. Sie wollen eben keine Verträge mit den Arbeitern eingehen, sie wollen mit den Arbeitern nicht in Frieden leben. Die Arbeiter können nur in Frieden leben, wenn sie sich wie die Hunde behandeln lassen und sich vollständig wehrlos machen lassen. So weit können sie aber die braunste Arbeiter nicht mehr bringen, und darum verlangen wir nicht nur eine rechtsgesetzliche Reform und Regelung dieser Materie, sondern verlangen auch, daß seitens der Regierung und seitens der Bergarbeiter als ihre Pflicht anerkannt wird, daß sie den Arbeitern ganz anders entgegenzukommen müssen, wenn sie sich nicht verantwortlich machen wollen für das, was dann folgt.

**Die dringlichsten Wünsche der Bergarbeiter.**

In Bezug auf die Knappschaften nur einige Worte. Wir verlangen für die Bergarbeiter die einheitliche Regelung des Knappschaftswesens für das deutsche Reich. Wir verlangen nicht, wie es die Resolution des Zentrums verlangt, die Proportionalwahl. Da sind sich ja auch die Sozialdemokraten des christlichen Bergarbeitervereins einig, daß die Proportionalwahl nicht gegeben werden kann, weil sonst die Bergarbeiter zu vier Beamten hineinkämen und weil dadurch der ganze Einfluß der Arbeitervereine caulliert wird, weil die Herren nur eine Stimme im Verlande brauchen, um alles zu ihren Gunsten anzubringen zu können. Ich bitte Sie also, meine Herren, nicht die Resolution des Zentrums in dieser Beziehung anzunehmen, sondern unserer Resolution Ihre Zustimmung zu geben.

Es müssen aber auch noch ein paar weitere Punkte gesetzlich geregelt werden, in erster Linie die Lohnabrechnungsperiode. Die reichsweit einheitliche Regelung fordern jetzt — ich bitte Sie, aufzumerken —, daß sie auf ihren Monatslohn spätestens am 25. eine Abschlagszahlung bekommen und daß ihnen am 10. des folgenden Monats der Restlohn gezahlt wird. Darum müssen wir in Westfalen noch kämpfen, jedes Wochen müssen jetzt die Arbeiter warten, ehe sie ihren Lohn bekommen können. (Hört! Hört! bei den Sog.) Das sind ja geradezu himmelstreichende Zustände. Schon vor hundert Jahren haben die Arbeiter bei

den Lohnkämpfen die Befestigung dieses Mißstandes verlangt, es ist damals nicht möglich gewesen. In kleinen Mehlereien wird schon lange alle acht Tage eine Abschlagszahlung gemacht. Die Lachen und die Bestrafen aus, daß wir noch als Kampforganisation die Forderung aufstellen, daß nicht erst sechs Wochen, nachdem er verdient ist, der Lohn gezahlt wird. Es müßte eine gesetzliche Vorschrift gemacht werden, daß jede Woche eine Abschlagszahlung gemacht und möglichst kurz nach Ende des Monats der Restlohn ausgezahlt wird. Das bebarf unbedingt der gesetzlichen Regelung.

Weiter wäre es auch notwendig, daß das Strafwesen im Bergbau gesetzlich eingeschränkt wird; auch das müßte in einem Reichsberggesetz mit geregelt werden.

Meine Herren, ich will Sie mit Straflisten nicht belästigen; ich habe überdies schon Ihre Zeit lange in Anspruch genommen; sonst könnte ich Ihnen vorführen, wie erschreckend hoch die Strafen im Bergbau sind. Da markieren Siechen auf — ich will nur die eine Seite Graf Wolke II und III erwähnen — mit 28 000 Mk. Strafen in einem Jahre. Da herrscht ganz schreckliche Willkür. (Hört! Hört! bei den Sog.) Das hat man den Arbeitern in einem Jahre abgenommen. Unmöglich ist es bei den anderen Seiten. Ich will aber diese statistischen Zahlen nicht vorführen. Kurz und gut: es bebarf einer Einschränkung des Strafwesens, über das heute die Bergarbeiter ungeheuer zu klagen haben.

Dann verlangen wir auch einen paritätischen Arbeitsschieds. Der heutige Arbeitsschieds im Rheinland-Westfalen ist einseitig betrieblert und wird einseitig im Interessen der Ausbeuter. Meine Herren, der Arbeitsschieds sollte angeblich den kolossalen Belegschaftswechsel einschließen. Herr v. Schubert war es feinerzeit, der hier vortrug, wie ungeheuer die Belegschaften in Westfalen dort wechseln, wie häufig dort Kontraktbrüche vorkämen und daß sich der Zechenverband nicht anders hätte helfen können. Jetzt ist der einseitige Zwangsarbeitsschieds zwei Jahre im Betrieb. Fragen Sie die Zechenherren, den Zechenverband, was er genützt hat! Der Belegschaftswechsel ist heute noch fast genau so stark wie damals, ein Beweis, daß nicht die Kontraktbrüche, daß nicht das unehrliche Belegschaftswechsel schuld war, sondern das elende willkürliche Lohnsystem ist schuld.

Der Bergmann hat zwar ein Alfordsystem, ein Bedingensystem, aber er hat dabei keinen Vertrag mit den Beamten oder dem Arbeitgeber abzuschließen, sondern einfach das zu nehmen, was von den Beamten dekretiert wird. Heute wird in der Hauptfrage der Lohn gekürzt, sagt der Bergmann; nämlich der Lohnsatz, der Alfordlohn oder das Bedingens, wie wir sagen, wird so niedrig gestellt, daß der Bauer gar keinen anständigen Lohn verdienen kann. Ferner wird dann nicht nur in rigoroser Weise und ganz einseitig verfahren, sondern ganz willkürlich wird dem einen Arbeiter noch etwas zugezählt, dem anderen nicht. So kommt es, daß ein gewaltiger Lohnunterschied innerhalb ein und derselben Arbeiterkategorie vorkommt ist. Wenn Sie die Listen des Zechenverbandes nachsehen, da finden Sie einen Prozentsatz gelernter Bergleute, Bauer, die unter der Erde arbeiten und unter 5 Mk. verdienen, aber auch andererseits einen kleinen Prozentsatz Arbeiter, die 7, 8 Mk. und etwas darüber verdienen. Dieser himmelweite Unterschied ist ein solches Unrecht, weil der Arbeiter, der weniger als 5 Mk. verdient, sich mitunter schwerer plagen und fleißiger sein muß, als der andere. Das liegt an den Verhältnissen, wie die Kohlen gewonnen werden, die sich oft ändern und gewaltig unterschiedlich sind. Deshalb verlangen die Arbeiter auch nicht nur, daß das Bedingensystem geregelt wird und möglichst ein Minimallohn garantiert wird, sondern sie verlangen auch, daß die kolossalen Unterschiede endlich beseitigt werden. Wenn die Zechenherren nur wollten; auf diesem Wege könnten sie gut entgegenkommen, aber sie sind häßlichst artig und prozig und geben nicht eher nach, bis sie dazu gezwungen werden.

Das sind in der Hauptfrage die Wünsche, die die Bergarbeiter haben und die der Erfüllung harren, wenn das Reichsberggesetz endlich an die Reihe kommt. Regierung und Bundesrat haben sich bisher geweigert, ein Reichsberggesetz einzuführen, wahrscheinlich auch nur, weil es die Zechenherren, die Schichtmacher nicht wollten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich erinnere auch den Bundesrat an seine Pflicht, daß er hier endlich Wandel schafft, die Bergarbeiter schänt, ein einheitliches Reichsberggesetz erläßt und bei den Zechenherren endlich die ungeheure Willkür einschränkt, damit dem Recht und der Gerechtigkeit freier Lauf gelassen wird.

Meine Herren, ich bitte Sie, in dem Sinne zu wirken, unsere Resolution anzunehmen; ich bitte Sie, auf die Regierung und auf die Bergarbeiter nach Kräften einzuwirken, damit große Kämpfe im Bergbau noch vermieden werden können. (Beifall bei den Sog.)

**Die Reformbedürftigkeit des Reichs-Gesetzes von der Budgetkommission des Reichstages anerkannt.**

Nachdem durch das Kaligesez vom 25. Mai 1910 geradezu ein Zwangsindikat für den Kaliberbau geschaffen und ferner eine Abgabe von 60 Pfennig für jeden Doppelzentner reines Kali (§ 27 des Kaligesezes) zur Deckung der Unkosten, die dem Reiche entstanden sind, vorgesehen ist, welche die Ausführung des Kaligesezes (z. B. die Verteilungsstelle des Reiches, § 30, die wissenschaftlichen Untersuchungen und die Propaganda für größeren Absatz im In- und Auslande) verurachen, ist alljährlich bei der Staatsberatung Gelegenheit gegeben, in der Budgetkommission und im Plenum des Reichstages die Mißstände im Kaliberbau zur Sprache zu bringen. Voriges Jahr dauerte die Debatte darüber allein in der Budgetkommission sieben Tage und auch im Plenum des Reichstages pläzierten die Geister noch tagelang aufeinander. Damals drehte sich der Hauptstreit um die „Propagandagelder“, welche an solche Vereine und Verbände usw. gezahlt wurden, die sich wirklich oder angeblich damit befassen, einer größeren Kaliverwendung zu Dingenmitteln usw. das Wort zu reden. Auch über die Rabatt-sätze, welche größeren oder kleineren Verbänden und Massen-konsumenten (§ 21 des Kaligesezes) vom Kalisindikat bezogen von den Produzenten bewilligt werden, stritt man sich voriges Jahr im Reichstage in der heftigsten Weise. Der bayerische Bauernfaktor Heim namentlich deckte damals verschiedene Bevorzugung bei Verteilung der Propagandagelder (Kalisindikatgelder genannt) und ebenso bei Bewilligung der Rabattsätze auf. Es erregte damals Aufsehen, als bekannt wurde, daß politische Vereine, wie der Bund der Landwirte und andere, ziemlich hohe Summen aus dem „Schmiergelderkonten“ erhalten hatten. Natürlich nur, weil die von Dr. Heim und Genossen geleiteten süddeutschen Bauernbünde nach ihrer Ansicht nicht genug und andere zu viel bekommen hätten, regten sie sich auf und stellten das ganze Verfahren an den Pranger.

Schließlich emigte man sich doch, daß die „Propagandagelder“ und Rabattsätze beizubehalten seien. Nur sollten sie etwas gerechter zur Anwendung und Verteilung kommen. Die Arbeiter im Kaliberbau klagen schon voriges Jahr über viele Mißstände. Unser Kamerad Sue hat damals schon die Interessen der Arbeiter eifrig vertreten. Er forderte Aufklärung der Zustände im Kaliberbau, nagelte die kolossalen Über-schüsse der meisten Kaliberwerke fest und forderte bessere Beachtung der Arbeiterinteressen. Der Reichstag beschloß schließlich eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wurde, dem Reichstage tunlichst bald eine Denkschrift über den gesamten Kaliberbau vorzulegen. Das ist aber bisher noch nicht geschehen. Die Budgetkommission beschäftigte sich dieses Jahr in ihren Sitzungen vom 28. und 29. Februar mit den Einnahme- und Ausgabeposten, die auf Grund des Kaligesezes in den Etat eingestellt werden müssen. Da der Absatz der gesamten Kalimenge auf ziemlich 9½ Millionen Doppelzentner für 1912 geschätzt wird, ergibt sich von der genannten Kalialgabe (§ 27 des Kaligesezes) eine Jahreseinnahme von 5 350 000 Mk., das sind 150 000 Mk. mehr als 1911. Die Regierung schlägt im Etat folgende Verwendung vor: Zur Deckung der Unkosten des Reiches 300 000 Mk. für Veruche und für Propaganda im In- und Auslande 1 000 000 Mk. für Veruche der Schutzgebiete) 4 000 000 Mk., sonstige Vergütungen an Kontrolleure

und Probenehmer 100 000 Mk., Beitrag zu den Kosten der Untersuchung von Empfängerproben nach der Verordnung des Bundesrates vom 28. Juni 1911 550 000 Mk. und für den Referatsfonds 350 000 Mk.

Diese Verwendung wurde von verschiedenen Seiten in der Kommission angefochten und anderweite Verwendungsvorschläge gemacht. Die Freisinnigen und das Zentrum wollten das Kaligesez dahin geändert wissen, daß die Kalialgabe auf 15 Pf. per Doppelzentner herabgesetzt und nur zu den Unkosten des Reiches verwendet werden sollten. Die Propagandagelder und die Rabatte sollten vom Reiche dann nicht mehr bewilligt werden. Die sozialdemokratische Fraktion hielt die weitere Erhebung von 60 Pf. per Doppelzentner zwecks Propaganda für höheren Kalialabsatz im In- und Auslande für nötig. Denn wenn keine Ausgaben für die Propaganda mehr gemacht würden, könnten die immer stärker erzeugten Kalimengen nicht mehr genügend abgesetzt werden und die Kaliindustrie würde dann großen Störungen und schlimmen Zeiten entgegengehen, kolossale Arbeiterentlassungen würden dann die Folge sein. Die Sozialdemokraten verlangten aber bei der Begründung ihres Antrages, daß das Reich selbst eine Propagandastelle einrichte. Namentlich müsse vermieden werden, daß die politischen landwirtschaftlichen Verbände solche Propagandagelder erhalten. Wir wollen uns nun in der Hauptsache mit dem Teil des Kaligesezes befassen, der die Interessen der Arbeiter sichern soll und über den in der Budgetkommission längere Zeit verhandelt wurde. An Stelle unseres leider nicht wieder in den Reichstag gewählten Kameraden Sue war der Verbandsvorsitzende, Kamerad Sachse, in die Budgetkommission eingetreten, um neben den Gesamtinteressen in erster Linie die Interessen der Bergarbeiter dort mit zu vertreten.

Nach § 13 des Kaligesezes ist denjenigen Kaliverken, welche ihren Arbeitern nicht mehr den Durchschnittslohn zahlen, der in den Jahren 1907 bis 1909 verdient worden ist oder welche die Schichtzeit verlängert haben, die Verteilungssätze (Fördermenge) für das folgende Jahr um mindestens 10 Prozent zu kürzen, solange nicht die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen den Werksbesitzern und der durch geheime Stimmabgabe festgestellten Mehrheit der Arbeiter (§ 18 des Kaligesezes) durch Tarifverträge geregelt sind. Die Verteilungsstelle, das ist die neue Reichsinstantz, welche die Fördermengen (Quoten) alljährlich verteilt, welche jedes Werk im Jahre fördern darf, hat alljährlich die Lohnsätze nachzuprüfen, um zu entscheiden, ob den betreffenden Kaliverken solche Strafkürzungen nach § 13 aufzuerlegen sind. In der Verteilungsstelle sitzen auch bei Regelung dieser Frage (nach § 30, Absatz 2 des Kaligesezes) zwei gewählte Arbeitervertreter mit.

Bei der Neuverteilung der Verteilungssätze für 1912 hatte die Verteilungsstelle bei ungefähr zwölf Werken Beanstandungen vorzunehmen, weil die Lohnbedingungen nicht alle erfüllt waren. Schließlich blieben nur zwei Werke übrig, nämlich Z e s s e n t y und Z h ü r i n g e n, die sich nicht herauswinden konnten, sondern nachweisbar weniger Durchschnittslohn gezahlt hatten, als in den Jahren 1907—1909. Um die strafweise Kürzung ihrer Verteilungssätze zu vermeiden, blieb den genannten Kaliverken nichts anderes übrig, als den betreffenden Arbeitern den Betrag ihres Lohnes nachzuzahlen, den sie zu wenig erhalten hatten. Die Arbeiter selbst erfahren aber von den Feststellungen dieser Durchschnittslohn gar nichts, sie wissen also gar nicht, ob es damit richtig zugeht und ob ihr Durchschnittslohn gegen 1907/09 gesunken ist oder nicht. Ebenso ist das bei Verkauf von Verteilungssätzen (Quoten) der Werke untereinander der Fall. Es ist hauptsächlich den Bemühungen unseres Verbandskameraden Sue und seiner Genossen vor zwei Jahren zu verdanken, daß auch im § 19 des Kaligesezes eine Bestimmung Ausnahme gefunden hat, wonach solche Arbeiter und Beamte, die bei Verkauf von Verteilungssätzen der Kaliverke arbeitslos werden oder deshalb weniger verdienen, von dem Werke, das die Verteilungssätze an andere Werke verkauft hat, Entschädigung zu beanspruchen haben. Solche Verkäufe haben stattgefunden, die Arbeiter wurden deshalb arbeitslos, aber die Kaliverke drücken sich um die Entschädigung, die sie an die beschäftigten Arbeiter und Beamten zu zahlen haben. Ja, es wird den Arbeitern und der Öffentlichkeit solcher Quotenverkauf, wohl sicher in der Absicht, sich um diese gesetzliche Entschädigung drücken zu können, geflissentlich verschwiegen. Auch dabei fehlt also den Arbeitern und Beamten dann jede Kontrolle, um nachprüfen zu können, ob sie gesetzliche Entschädigungen beanspruchen können oder nicht. Dieser Mißstand wurde vom Kameraden Sachse in der Budgetkommission des Reichstages jetzt scharf gerügt und Abhilfe verlangt. Er wies nach, daß auf dem Kaliverk Z e s s e n t y in Mecklenburg zwar eine Anzahl Arbeiter geringe Lohnbeträge nachgezahlt erhielten, andere Arbeiter von demselben Werke seien aber mit ihren diesbezüglichen Ansprüchen abgewiesen worden. Man gebe den Arbeitern aber keine genaue Auskunft, weshalb sie nicht weiter zu beanspruchen hätten. Selbst die Verteilungsstelle, also eine Reichsinstantz, so führte Sachse aus, habe mit ihrem Antwortschreiben den sich geschädigt fühlenden Arbeitern keine genügende Antwort zuteil werden lassen. Die Pflicht der Verteilungsstelle sei es doch ohne weiteres gewesen, ihnen in klarer Weise mitzuteilen, wer alles Anspruch auf diese dem Werke auferlegte Lohnnachzahlung machen könne und wer nicht. Da das nicht geschehen sei, haben sich die benachteiligt fühlenden Arbeiter gezwungen, den Klageweg zu beschreiten, um einen Feststellungsbeschluss seitens des Reichs zu erzielen.

Ebenso würden die Arbeiter über den Verkauf der Verteilungssätze von Werken untereinander abichtlich im Unklaren gehalten, so führte Sachse weiter aus. Ja, auf der letzten Generalversammlung des Kaliverkes F r i e d r i c h s h a l l habe der Grubenvorstand nach einem Bericht der „Bergwerks-Zeitung“ sogar den Gewerken keine Auskunft gegeben, habe sich geweigert, die Werke namentlich anzuführen, von denen Friedrichshall Quoten gekauft habe. Man sehe also hieraus, daß System darin liege, die Deffentlichkeit und die Interessenten über solche Verkäufe aus den angeführten Gründen völlig im Unklaren zu lassen. Sachse verlangte Abhilfe durch eine Verordnung des Bundesrates, eventuell müßte das Gesetz geändert werden. Es müßten unbedingt alle Werke gezwungen werden, alljährlich die Durchschnittslöhne der verschiedenen Arbeiterkategorien zu veröffentlichen, damit die Arbeiter auch wissen, ob die Werke das Gesetz erfüllen oder nicht, und ebenso müßten die Arbeiter und Beamten erfahren, welches Werk von seinen Quoten etwas verkauft habe. Wenn Arbeiter entlassen werden, müssen sie auch wissen, ob sie wegen Quotenverkauf entlassen oder geschädigt worden sind und ob sie nach § 19 des Kaligesezes Schadenersatzansprüche stellen können oder nicht. Von perzidierten Rednern der anderen Parteien, so auch von M i l l e r -Fulda, mußte man Sachse Recht geben. Die Bekanntgabe des Durchschnittslohnes wurde von der Regierung und vom Abgeordneten D a r w i n k e l mit sehr fadenhäutigen Gründen bekämpft. Daß namentlich auch die Nichtbekanntgabe der fraglichen Quotenverkäufe ein Uebelstand sei, mußte aber auch der U n t e r s e k r e t ä r R i c h t e r anerkennen. Behrens und Gruberger beantragten dann folgende Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen, den Reichstag zu ersuchen: 1. die unverzüglich Feststellung der in § 13 des Kaligesezes näher bezeichneten Durchschnittslöhne 1907—1909 und die im Jahre 1909 2. dem Reichstag alsbald eine Denkschrift über diese festgestellten Durchschnittslöhne 1907—1909 und regelmäßige Arbeitszeit 1908 der Kaliverke, sowie den Wortlaut der nach § 13 des Kaligesezes abgeschlossenen Tarifverträge vorzulegen.

Sache und Genossen stellen dann folgenden Antrag:

Die Kommission wolle beschließen, dem Antrag Behrens, Erzberger — Nr. 1 der Kommissionsdrucksachen — hinzuzufügen: 2. durch Verordnung zu § 19 des Kaligesezes festzusetzen, daß alle Quotenverträge jeweils durch öffentlichen Anschlag auf dem übertragenden Werte bekannt gemacht und der Vergbehörde angezeigt werden.

Nach Begründung dieser Anträge seitens der Antragsteller erklärte Unterstaatssekretär Richter, daß eine solche Verordnung, wie sie der Antrag Sachse wünscht, wohl von den Gerichten nicht als gültig erklärt werden könnte. Dazu sei eine Gesetzesänderung nötig. Das wurde vielfach bestritten, weil § 51 des Kaligesezes dem Bundesrat die beziehungsweise Vollmachten erteile. Gleichwohl brachten dann die sozialdemokratischen Vertreter der Kommission folgende Resolution ein:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, möglichst bald einen Entwurf vorzulegen, der die Förderung und den Abschlag von Kalisätzen dem Reich vorbestimmt und, bis dieser durchgeföhrt ist, dem § 19 des Gesetzes über den Abschlag von Kalisätzen zufolge, daß die Durchschneidung der in jedem Betriebe beschäftigten Arbeitergruppen sofort nach der Feststellung durch öffentlichen Anschlag in dem Betriebe bekannt gegeben werden, 2. dem § 19 zufolge, daß alle Quotenverträge sofort nach der Vereinbarung der Vergbehörde angezeigt und vier Wochen durch öffentlichen Anschlag auf dem übertragenden Werte bekannt gemacht werden, 3. den § 27 dahin ändern, daß der Teil der in die Reichskasse fließenden Abgabe (§ 27, Abs. 1), der nicht zur Deckung der dem Reich aus der Ausführung dieses Gesetzes entstehenden Kosten und zur Gebung des Kalisatzes verwendet wird, der Reichskasse zufließt.

In der Begründung vorstehender Anträge zu Ziffer 1 und 2 führte Sachse noch Vorkommnisse von den Kalisätzen O l i d - a u f und S e r m a n n an. Diese Werke hätten kürzlich viele Arbeiter entlassen, die aber auch zum Teil auf anderen Werken keine Arbeit bekamen und teils heute noch arbeitslos seien. Da habe man nachträglich von den Quotenverträgen dieser Werke erfahren, trotzdem aber weigerten sich diese Werke, den geschädigten Arbeitern nach § 19 des Kaligesezes Entschädigung zu zahlen. Die Arbeiter könnten aber auch nicht genau nachweisen, wie hoch die von den Werken verlaufenen Quoten seien. Dagegen seien die kalisatzfreie Projekte seien also auch hier ersichtlich, um die Nachweise zu erbringen, damit diesen Arbeitern ihr Recht zuteil werde. Behrens zog den unter 1. aufgeführten Teil seines Antrages dann zurück. Sachse nahm aber den Antrag wieder auf und erklärte, die Sozialdemokraten wollten, falls ihr Antrag nicht angenommen würde, für den Antrag Behrens-Erzberger stimmen. Zu 1. desingeben beantragte aber Sachse noch einen Ewentualantrag, dahingehend, daß auf der ersten Zeile hinter dem Wort: „Feststellung“ noch eingefügt werde: „und öffentliche Bekanntmachung“, weil die Bekanntmachung das wichtigste dabei ist.

Die Ziffern 1 und 2 des angeführten sozialdemokratischen Antrages wurden dann mit ziemlicher Mehrheit unverändert, die Einleitung und Ziffer 3 nach einigen Änderungen ebenfalls angenommen. Der Behrens'sche Antrag war damit erledigt.

Wenn nun das Plenum des Reichstages der von der Kommission angenommenen Resolution ebenfalls zustimmt, dann würde die Regierung eine Änderung des Kaligesezes im Sinne des Beschlusses einzubringen haben. Obwohl die Sache noch nicht sicher ist, weil Reichstag und Bundesrat noch zu sprechen haben, so kann man aber doch hoffen, daß eine Änderung im Sinne der Resolution eintreten wird. Warten wir also ab.

Am besten wäre allerdings, den ganzen Kalibergbau zu verstaatlichen. Das haben wir schon wiederholt vertreten. Que und seine Genossen haben auch bei Beratung des Kaligesezes schon in dem Sinne im Reichstag gewirkt, leider bisher vergebens. Aber es werden bereits im Bürgerkaligesezes Stimmen laut, die jetzt wenigstens für ein Reichskalimonopol eintreten. So brachte die „Nöln.-Volkzeitung“, das führende Zentrumsorgan, am 14. Februar einen Artikel, der sich für ein solches Monopol aussprach. Auch im Schoße der Regierung soll der Monopolgedanke mehr und mehr Fuß fassen. Wir werden noch Stellung dazu zu nehmen haben. Gleichviel, ob die Verstaatlichung oder das frogsische Monopol heranreift, wir werden auch bei diesen Gelegenheiten die Interessen der Allgemeinheit und namentlich die der Kaliarbeiter zu wahren und zu fördern suchen.

Aus unseren Sekretariaten.

Wann müssen Unfall- und Knappschaftsrenten unverkürzt nebeneinander gezahlt werden?

Die übergroße Mehrheit der nicht bergmännischen Arbeiter Deutschlands zählt Beiträge zu nur zwei Versicherungskassen, zur Kranken- und Invalidenversicherung. Die Bergarbeiter zahlen aber noch zu einer dritten, zur Knappschafts-Pensionskasse. Die Beiträge zu dieser sind für sich allein schon viel höher wie bei den beiden anderen Kassen zusammen. Weil sie jahrelang die hohen Beiträge zur Knappschafts-Pensionskasse zahlen müssen, glauben die mit den Renten-U r f r e n d u n g s b e t r i m m u n g e n noch nicht vertrauten Bergarbeiter, neben der Unfallrente auch noch die volle Knappschaftsrente verlangen zu können. Leider ist dem nicht so. Die Gesetzesmacher haben dafür gesorgt, daß der Bergmann nicht aus allen Kassen seine Rente bekommt. Aus sämtlichen Kassen, zu denen die Bergarbeiter gehören, alles, was nach Meinung der „Arbeiterfreunde“ zu viel und darum schuf man die Aufrechnungsbestimmungen.

Recht verständlich ist der Ausdruck „Aufrechnung“ nicht. Es gibt viele, die nicht wissen, was er bedeutet, wenigstens unter den Arbeitern, die noch nicht praktisch damit zu tun hatten. Richtiger wäre schon, die Aufrechnungsparagrafen A b z u s p a r a g r a p h e n zu nennen. Dann hätte das Kind den richtigen Namen. Ist nämlich durch einen Unfall aus knappschaftliche Invalidität verursacht und hat der Bergmann Knappschaftsrente zu verlangen, dann wird die Unfallrente gekürzt. Und zwar in der Regel um so viel, als die Knappschaftsrente ausmacht. Die halbe Unfallrente darf der Knappschaftsrente einfallen, wenn er so viel zahlt, als die halbe Unfallrente ausmacht. Zahlt er weniger, dann bekommt er vollen Ersatz. Die Aufrechnung muß also direkt der Unfallrente nichts, sondern nur dem Knappschaftsverein. Sie ist nur dann zulässig, wenn Einheitlichkeit des Leistungsgrundes vorliegt, d. h. wenn ohne Stattfinden des Unfalls keine Knappschaftsinvalidität bestände.

Nun gibt es aber ungegähnte Knappschaftsinvaliden, bei denen die nicht mit einem Unfall in Verbindung stehenden Krankheiten für sich allein, ohne Hinzurechnung der Unfallfolgen, schon Knappschaftsinvalidität ausmachen. In allen diesen Fällen darf eigentlich weder an der Unfall- noch an der Knappschaftsrente etwas gekürzt werden. Das geschieht aber doch.

Der Allgemeine Knappschaftsverein Bochum sucht die Sache so zu decheln, daß er möglichst immer dann, wenn Unfallrente erkrankt wird, an der Knappschaftsrente sparen kann. Er greift zur Aufrechnung auch dann, wenn das zulässig ist. Den Arbeiter aufklärend sind die M i t t e l e auch ungenutz, mit denen er seinen Vorkämpfer vertritt. Hier der Beweis:

Wenn ein Versicherter glaubt, ohne Unfallfolgen schon Invalidität zu sein, dann hat er durch seinen Knappschaftsbeitrag von der Knappschaft die Vergütungsberechtigten ohne Aufrechnung, nur auf Grund der nicht Unfallkrankheiten zu verlangen. Darüber, ob die nicht Unfallkrankheiten für sich allein schon Vergütungsberechtigten ausmachen, entscheidet nicht das knappschaftliche Schiedsgericht, sondern der Bezirksausschuß in Arnberg. (Entscheidung des Obergeschiedsgerichts in Sachen Schmidt Nr. 2, 355-10.) Trotzdem diese Entscheidung bei der Knappschaft recht gut bekannt ist — oder werden solche prinzipielle Urteile den einzelnen Betroffenen nicht mitgeteilt? — hat dieselbe in einem später liegenden Falle (Müller, geb. 10. 6. 1852) durch Bescheid doch wieder ein solches G e r i c h t a l s z u s t ä n d i g bezeichnet. Würde der Kumpel mit seiner Klage der Knappschaftsangelegen nach zu dem Schiedsgericht gehen, dann verliere er mindestens ein halbes Jahr Zeit. Das ist für einen körperlich sehr

heruntergekommenen Invaliden ein großer Verlust, da er möglicherweise in dem halben Jahre sterben kann.

Den Sinn der eingereichten Anträge nicht treffend sind auch die Begründungen der Bescheide. Da wird z. B. gesagt: „Weil Sie wegen Unfallfolgen schon invalidisiert sind, können Sie nicht nochmals invalidisiert werden.“ Eine solche Begründung mag ja für Nichtkenner der Bergverhältnisse logisch sein. Der Verein sollte sich solche Begründungen aber sparen, wenn an den Schriftführern zu sehen ist, daß sie aus der „Schmidens“ der Organisationen kommen. Auch die Angaben: „Sie erhalten eine hohe Unfallrente und darum verursachen die Unfallfolgen die Vergütungsberechtigten nicht.“ ziehen nicht. In den „Schmidens“ hat man sich mit der Zeit immer mehr dazu genötigt gesehen, solche „Gründe“ besonders unter die Lupe zu nehmen.

Auszahlung der vollen Rente verlangte auch der Bergmann W. aus Weimar. Der Knappschaftsleiter antwortete ihm am Bezirksausschuß verfallt. Trotzdem der zuständige Knappschaftsleiter und ein Königl. Kreisarzt dem Manne bescheinigten, daß ohne Unfallfolgen schon Vergütungsberechtigter vorliege, wehrte sich die Knappschaft bis zum äußersten gegen die Zahlung der vollen Rente. In weiterem Schreiben wurde immer und immer wieder auf das Gutachten des Knappschafts-Oberarztes und auf eine den Fall gar nicht treffende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts hingewiesen. Auch sonst gab die Knappschaft zur Rettung ihrer Ablehnung noch manche „juristische Auffassung“ zum besten. Keine alles nichts! Kläger zog infolge der „Bescheidungen“ seine Klage zurück und der Bezirksausschuß schloß sich ihnen auch nicht an. Es kam zum Entscheidungstermin. Zuvor teilte die Knappschaft Herrn Direktor W. und dem Kläger den zuständigen Arbeiterssekretär mit Arnberg. Nach im Termin versuchte der Knappschaftsleiter mit längerer Rede etwas zu retten. Als er aber sah, daß die Sache „schief“ gehen würde, bequimte er sich zu einem für den Kläger recht vorteilhaften Vergleich. Der Klägernde Invalidität erhielt vom 1. September 1908 an die Rente ohne Aufrechnung, d. h.

annähernd 800 Mk. nachgezahlt und monatlich fortlaufend 17,75 Mk. mehr.

Eine Frage noch an die Knappschaft: Warum gewährte man dem Manne nicht schon vor dem Termin sein Recht? Im Termin sind doch keine neuen Beweismittel beigebracht und auch keine neuen juristischen Gründe vorgetragen. Das bestimmte also den Knappschaftsleiter nicht, seine Ansicht gleich nach seiner Rede schon zu ändern und einem Vergleich geneigt zu sein. Wollte man wirklich was in der Rede zum Ausdruck kam, eine grundsätzliche Frage entscheiden, dann müßte man doch gerade deshalb es an ein Urteil ankommen lassen. Wenn man also einen Vergleich einging, dann müßte dafür doch wohl ein anderer Grund bestimmbar sein. Bei den nicht zuzuleugnenden Fähigkeiten der Knappschaftsverwaltung in juristischen Dingen — wer das bestritt, hat mit der Knappschaft noch nichts zu tun gehabt — ist wohl die Annahme gerechtfertigt, daß man schon früher den Herrinfall voraus sah, aber trotzdem erst dem W i s s e n wich.

Die Unparteilichkeit mögen sich mal fragen, ob der Kamerad wohl zu seinem Recht gekommen wäre, wenn er zu seinen und die Knappschaftsverhältnisse herglich wenig feindlichen Rechtsanwältinnen und Anwaltskollegen hätte gehen müssen? So aber war er Verhandlungsleiter und da wurde der „Zang“ mit der Knappschaft auf Kosten des Bergbauverbandes durchgeföhrt. H. A.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Unternehmerurteil über Tarifverträge.

Der „Steinbildhauer“, das Organ der Steinmetz- und Steinbruchbesten, bringt einen Artikel aus der Feder eines Unternehmers über die rechtliche Stellung der Tarifverträge, in dem u. a. ausgeführt wird:

„Es gehört in unserer Zeit, so hart es klingen mag, eine gewisse Mäßigkeit dazu, ohne auf durchgearbeiteten Tarif zu verzichten. Man wird karitativen Firmen gegenüber in vielen Beziehungen im Nachteil sein, da es keine zuverlässigere und besserere Grundlage für die Preisberechnung gibt, als einen fest geschlossenen Tarifvertrag. Daß außerdem auch öbliche Klarheit über die in Antrag zu bringenden allgemeinen und besonderen Betriebsbedingungen erforderlich ist, soll nur der Vollständigkeit wegen erwähnt werden. Eine vielviel gesunder Sache ist es doch, wenn von den Einzelstellen abgesehen, die sich vom Tarif noch nicht haben trennen lassen, am Coburger keine Parteien sich über die zu zahlenden Beträge verständigen im reinen sind, anstatt daß wegen jedem Stück lang und breit verhandelt werden muß. Ich für meinen Teil laufe mit Vorliebe da, wo die Preise im Schaufenster für jeden Artikel feststehen oder „feste Preise“ angeschrieben sind; denn das Handeln und Feilschen ist mir ein Grauel. Jedem Beteiligten, der selber noch nicht glaubte, der Tariffrage näherzutreten zu müssen, empfehle ich angelegentlich, sich doch einmal ohne jede Voreingenommenheit mit ihr zu befassen und sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob es vorteilhaft oder geschädigt ist, sich länger einer Erkenntnis und ihrer Befolgung zu verweigern, von deren Wichtigkeit und Wichtigkeit die weitaus größte Zahl nicht nur der Berufsaemtern, sondern fast aller Gewerbetreibenden seit Jahrzehnten überzeugt ist.“

Gewissen großindustriellen Schwarzmachern, die in Lille usw. ihre Vorherrscher haben, werden solche Ausführungen nicht behagen.

Das Damoklesschwert über den Badermitteln und den Christlichen.

Die Auslassungen einer „hervorragenden katholischen Seite“ in der „Kreuzzeitung“, die von der „Germania“ scharf bekämpft, von den Blättern der Kölner Richtung verlesen behandelt wurden, riefen bekanntlich eine energische Antwort des offiziellen vatikanischen Organs „Osservatore Romano“ herbei. Oppersdorff's „Wahrheit und Klarheit“ veröffentlicht den Interim mit Uebersetzung und darnach kann man den Artikel des päpstlichen Organs kaum anders als eine scharfe Abfrage an die Mäcker der Kölner Richtung ansehen. Der Kreuzzeitungsman hat inhaltlich folgendes geschrieben:

„In Rom macht man sich solche Vorstellungen vom deutschen Katholizismus. Das kommt nicht daher, weil es nicht an richtigen Informationen oder Protektion gegen falsche Informationen geht hätte. Denn Romius Frühwirth in München leidet zutreffende Verhältnisse an die Kurie und gegen die Verdächtigungen der deutschen Katholiken hat jüngst noch Kardinal Fischer in seinem letzten Pastoralbrief entschieden protestiert. Die im Vatikan vorhergehende üble Meinung über die deutschen Katholiken rührt vielmehr daher, daß die Denunzianten und Verleumder ihren härtesten Rückhalt bei der Kurie in Rom“ haben und neben dem Wort des Papstes nur noch das Wort „seiner verantwortlichen Ratgeber“ gilt.“

Der Grundirrtum, in welchem die römische Kurie hinsichtlich der deutschen Katholiken befangen ist, liegt darin, daß die Kurie die nationale Eigenart des deutschen Katholizismus nicht anerkennt. Die Katholiken Deutschlands gehören zu den besten der ganzen Welt. Aber sie sind eben deutsche Katholiken. Dies hat die Kurie übersehen und ohne Rücksicht auf die deutschen Verhältnisse Verordnungen und Maßregeln getroffen, die auf offenbar falschen Informationen, auf unrichtigen und ungerichteten Beschuldigungen beruhen.“

Unter dieser Behandlung von Seiten der Kurie hat der deutsche Katholizismus eine Belastungsprobe auszuhalten, „der er vielleicht nicht gewachsen ist, weil ihm Uebermensches, um nicht zu sagen Unmenschliches zugemutet wird.“ Welche Folgen zeitig eine solche Ueberspannung autoritativer Ansprüche? Die Lösung von der Kirche, nicht nur von der römischen, sondern von den christlichen überhaupt, denn „was der katholischen Kirche verloren geht, geht dem Christentum verloren.“ Im Anschluß hieran sagt die „hervorragende katholische Seite“:

„Das ist der Punkt, um dessen willen alle, denen an der Erhaltung des Christentums in der Welt und im deutschen Vaterlande gelegen ist, ihre teilnehmende Aufmerksamkeit auf die Krisis richten müssen, die gegenwärtig dem deutschen Katholizismus droht. Und darum handeln die unverantwortlich, die aus konfessioneller Abneigung durch ihr allfälliges Vorgehen die deutschen Katholiken in einen Konflikt mit ihrer höchsten Autorität geradezu mit Gewalt hineintreiben. Sie handeln unverantwortlich, vom religiösen und vom nationalen Standpunkt aus.“

Der Artikel war, so unbehagen er auch kam und so sehr die Blätter der Badermitteln auch „einzeln Wendungen“ bedauerten, doch Geist vom Geist der Badermitteln. Der Artikel des päpstlichen Organs zieht nun die religiöse Gesinnung und die Treue der deutschen Katholiken nicht in Zweifel, sagt dann aber:

„Aber ein ganz anderes Urteil muß über gewisse Individuen oder Gruppen gefällt werden — woran es in Deutschland nicht

mangelt, wie solche leider auch in anderen Ländern existieren — die irrtümlichen Lehren aufrechterhalten und verbreiten, um alsdann dem verdienten Tadel zu entziehen, sich mit den wahren Katholiken zu vermischen und glauben zu machen, daß auf diese (die wahren Katholiken) der über jene (Individuen und Gruppen) verhängte Tadel fiel. So hat der Heilige Stuhl auch nicht die interkonfessionellen Arbeiterverbände als solche verurteilt, noch hat er sich bis jetzt über die Polemik betreffend die beiden in Teutland bestehenden Organisationsysteme ausgesprochen; im Gegenteil, er hat den Bischöfen die Freiheit gelassen, das eine oder das andere gemäß ihrem klugen Ermessen je nach den lokalen Verhältnissen und dem besonderen Bedürfnis in ihren Diözesen vorzuziehen. Der Heilige Stuhl kann aber nicht seine Befürchtung wegen der schweren Gefahr verbergen, welche gewisse Lehren und gewisse Richtungen ausstrahlen, die den Unterweisungen der Kirche entgegengezielt sind, namentlich in sozialen und politischen Angelegenheiten.“

Die „Nöln. Korrespondenz“ scharft zu der Frage, ob diese Aussagen sich gegen die Richtung Bader wenden, zurechtend:

„Nun besteht der Baderismus in der Lehre, daß Weltanschauungsorganisationen, wie z. B. das Jentium auf nichtkatholischer als gemein christlicher Basis stehen können und sollen. Diese christliche Basis ist aber ein schwerer religiöser Irrtum, den jeder Katholik verwerfen muß und den auch Kardinal Fischer auf das entschiedenste verurteilt hat. Die Gruppen und Individuen, welche diesen Irrtum vertreten, sind eben die Baderisten und ihre Generalsührer. Weiter heißt es in der Note: „Der Heilige Stuhl kann seine Sorgen wegen der großen Gefahr nicht verhehlen, die gewisse, der Lehre der Kirche besonders auf sozialem und religiös-politischem Gebiet, entgegengezielte Lehren und Tendenzen in sich schließen.“ Auf sozialem und religiös-politischem Gebiet gibt es unter den deutschen Katholiken nur zwei religiös entgegengezielte Tendenzen: die katholische Tendenz der Ehrlichkeit und die nichtkatholische allgemeine christliche Tendenz der Richtung Bader. Es ist nun mehr als selbstverständlich, daß man eine Tendenz nicht verurteilen kann, welche mit der Ehrlichkeit konform ist; die Organisationen der deutschen Katholiken müssen im Einklang mit dem Katholizismus stehen; und es ist ebenfalls selbstverständlich, daß man diejenige Tendenz verurteilen muß, welche im Gegensatz zur Ehrlichkeit steht; die Organisationen der deutschen Katholiken brauchen nicht im Einklang mit dem Katholizismus zu stehen. Die in der Note des „Osservatore Romano“ verurteilte Tendenz ist mithin die Richtung Bader. — Ferner heißt es die Note für „unbedingt nötig, die ausgezeichneten Katholiken Deutschlands vor solchen Wankern zu warnen, welche darauf ausgehen, in ihrer Mitte die größten Irrtümer zu verbreiten, Zwietracht und Uneinigkeit zwischen ihnen zu säen und Abneigung gegen den apostolischen Stuhl, den Mittelpunkt der religiösen Einheit, zu erzeugen.“ Wer aber verbreitet unter den ausgezeichneten deutschen Katholiken die größten Irrtümer? Die Baderisten, denn sie predigen dem katholischen Volk immerfort vor, es müsse sich im öffentlichen Leben auf nichtkatholischen Boden organisieren! Wer sät Zwietracht und Uneinigkeit? Wiederum die Baderisten, weil sie den Organisationen der deutschen Katholiken die katholische Basis nehmen wollen, das Fundament, welches die Organisationen befähigt, zusammenhält und vor Zwiespalt schützt. Wer erregt Zwietracht gegen den Heiligen Stuhl, den Mittelpunkt der religiösen Einheit? Abermals die Baderisten, weil sie die wichtigsten päpstlichen Verkündigungen betrachten und bebauern und den Glauben erwecken, als verhehle die Kurie nichts von modernen, besonders von deutschen Verhältnissen — eine Ansicht, die unter gebildeten Katholiken bereits in bedenklichem Grade verbreitet ist!“

Das genügt. Die Worte des „Osservatore Romano“, die nach Ansicht der „Germania“ nicht allein auf den Herrn Kardinal-Erzbischof zurückzuführen werden müssen, sind ein erster wichtiger Schritt gegen die Richtung Bader. Der Faden, an dem das Damoklesschwert römischer Verurteilung über der Baderischen Richtung hängt, wird immer dünner.“

Nach die Oppersdorff'sche Zeitschrift läßt durchblicken, daß wohl bald eine Entscheidung Rom in diesem Streit fallen wird. Was die Gewerkschaftsfrage anlangt, so scheint, als ob nicht mit einem Verbot, wohl aber mit einer Wei Aberkennung für die christlichen Gewerkschaften zu rechnen sein wird. Die Oppersdorff'sche Zeitschrift hebt nämlich hervor, daß die „Richtung Berlin“ sich nicht grundsätzlich gegen ein Zusammenarbeiten von Katholiken und Evangelischen in einer gemeinschaftlichen Organisation wende, wie ja die Resolution des Delegiertenkongresses von 1891 bewelse, welche die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins zum Eintritt in die christlichen Gewerkschaften aufzuredete, wenn dieselben die positive christlichen Grundzüge als Norm festhalten und die entsprechenden Garantien bieten.“ Lediglich wegen dieser Forderung sei der Gewerkschaftsstreit unter den Katholiken entbehrlich.

Beachtung verdient, daß sich der Heilige Stuhl bis jetzt über die Polemik betreffend die beiden in Teutland bestehenden Organisationsysteme der Arbeiter noch nicht ausgesprochen hat. Es trifft also nicht zu, wenn von gewisser Seite behauptet wird, der Heilige Vater habe endgültig zur Gewerkschaftsfrage in Teutland Stellung genommen. Die Erörterungen über diesen Gegenstand sind vielmehr noch nicht zum Abschluß gekommen.“

Die „Erörterungen“ scheinen also ziemlich dicht vor dem Abschluß zu stehen; wie ihr Ergebnis ausfallen wird, kann kaum noch zweifelhaft sein: Schaffung von Garantien für die Einhaltung positiver christlicher Grundzüge in den christlichen Gewerkschaften, was allerdings kaum möglich sein dürfte, ohne daß man die christlichen Gewerkschaften der Vormundschaft des Episkopats unterstellt.

Der Papst beansprucht, auch in Sachen der wirtschaftlichen Organisation als entscheidende Instanz zu gelten und er wird also wohl bald Veranlassung nehmen, den Anmachungen der christlichen Führer a la Schiffer, Siegemund und Genossen, die eine Vormundschaft der Bischöfe für die christlichen Gewerkschaften ablehnen, ein Ende zu machen.

Internationale Rundschau.

Lohnbewegung der Bergarbeiter in Nordwestböhmen.

Unser österreichisches Bruderorgan „Glückauf“ (Nr. 10) schreibt: „Die Bergarbeiter im nordwestböhmisches Braunkohlenrevier befinden sich seit einigen Jahren in den denkbar schlechtesten Verhältnissen. Die allgemeine Wirtschaftskrise machte die Bergherren übermächtig und sie gingen daher mit Lohnreduzierungen rücksichtslos vor. Ueberdies kam die horrenden Verteuerung aller Lebensmittel. Also bei sinkendem Lohneinkommen und der Verteuerung der Lebenshaltung soll nun der Bergarbeiter sein Auskommen finden. Das ist natürlich unmöglich. Die Genossenschaftsdelegierten haben daher in den letzten zwei Jahren zweimal Lohnkämpfe geordert. Die Bergherren haben diese berechtigten Forderungen jedesmal brüst abgewiesen. Da die Kohlenmarktfrage nicht günstig war, konnten die Bergarbeiter die Lohnfrage am Ende der ungenutzten Verhandlungsgeweisse nicht geben. Dermalen stehen die Dinge anders. Ein längeres Zuarbeiten ist unmöglich. Im Hinblick auf diese Umstände hat die Union der Bergarbeiter am 3. März d. J. an sämtliche Betriebsleitungen des nordwestböhmisches Braunkohlenreviers Forderungen eingereicht. Gefordert wird eine 25prozentige Lohnhöhung für alle über und unter Tage beschäftigten Arbeiter. Ueberdies wird eine Erhöhung der Hausbrandkosten gefordert. Diesmal ist die Sache ernst, denn die Erbitterung ist im ganzen Revier sehr groß. Wenn dieselbe nicht zur Entladung kommen soll, werden sich die Bergherren bequemen müssen, die gestellten Forderungen zu berücksichtigen.“

Die Antwort auf die gestellten Forderungen wird bis zum 14. März erwartet.“

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Besse Erwahl Fortsetzung. Die Lohnhöhung sieht auf diese Weise so aus: Am 14. Februar wurde im Revier III, Flöz 5/6, das Bestreben reguliert und zwar nach unten. In diesem Flöz ist der sogenannte Kostenbau eingeföhrt und es wird quadratmeterweise Bestreben lange Steiger Erwahl das Revier führte, wurden für ein Quadratmeter 2 bis 3 Mk. gezahlt, für den Wagen Kohlen außerdem 30 Pf. Jetzt wurden die Nebenarbeiten bezahlt, so daß man ein Quadratmeter Bestreben zahlen konnte. Seit der Steiger Erwahl des Revier III, gibt es gleich 30 bis 50 Pf. weniger für das Quadratmeter. Auch jetzt Steiger Erwahl in Aussicht, daß er die Nebenarbeiten nicht mehr bezahlt. An den Strecken merkt man es jetzt schon, daß es für die paratur nicht viel ausgehen will. Auf diese Seite haben Bestreben

# Heinrich Kämpchen ✦

Der Sänger der Bergarbeiter, der an der Wiege unseres Verbandes gestanden, und seit Jahrzehnten mit seinem Liedern erfreut, so oft zum Kampfe gerufen, ist verstorben. Heinrich Kämpchen wohnt nicht mehr unter den Lebenden. Am Mittwoch, den 6. März 1912, ist er in seinem Heimatorte, Linden an der Ruhr, nach kurzer Krankheit gestorben. Noch am Vorabend seines Todes lag er in den Armen seiner Freunde, die ihn besuchten, auf baldige Genesung. Einige Stunden vor seinem Tode diktierte er noch ein Gedicht, eine letzte Mahnung an die Bergarbeiter zur Einigkeit und Treue.

So hat Kämpchen unaussprechlich Feld zur Einigkeit gemahnt:

„Seid einig, seid einig, dann sind wir auch frei  
Von dem Druid, der so lang' uns umwunden“

Klingt es uns aus seinem „Internation. Knappenlied“ entgegen. Und sein letzter Atemzug haucht sich gleichsam aus in die erschütternde Mahnung:

„Seid einig, liebe Brüder!  
Zerfleischt Euch länger nicht!“

Wir handeln darum gewiß im Sinne unseres Freundes, wenn wir seine letzte Mahnung zum Abdruck bringen (siehe Seite 2). Möge sie in den Herzen der Bergarbeiter tausendfältigen Widerhall finden.

Heinrich Kämpchen ist am 28. Mai 1847 in Altendorf an der Ruhr geboren, ist also fast 65 Jahre alt geworden. Sein Vater war Bergmann und wurde später Obersteiger. Kaum 18 Jahre alt, mußte auch Kämpchen schon hinab in die Grube steigen, um seinen Lebensunterhalt zu erwerben. An eine weitere Ausbildung war trotz seiner vorzüglichen Begabung bei der Armut seiner Eltern nicht zu denken. Mehr als 80 Jahre hat Kämpchen dann alle Mühsale und Leiden des Bergmannsberufes durchgestanden; länger als 20 Jahre war er auf der Beche Hasenwinkel in Dahlhausen an der Ruhr tätig. Trotzdem wurde er aus Anlaß des Streiks im Jahre 1891 von der Verwaltung dieser Beche als Feind und Aufwiegler gemahnt, nur weil er im Auftrage seiner Kameraden deren Forderungen vertreten hat. Bald darauf wurde er Berginvalide.

Die Becheverwaltung, die Kämpchen mahnte, war, wenn auch unbewußt, ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. Jedenfalls wäre sein Dichtertalent nicht so zur Entfaltung gekommen, wenn er die schwere, nervenzerstörende Grubenarbeit noch länger verrichtet hätte, der sein schwächlicher Körper ohnehin nicht gewachsen war.

Aus den Stürmen des Jahres 1889 ging unser Verband und sein Organ, die „Bergarbeiter-Zeitung“, hervor, deren ständiger Mitarbeiter Kämpchen von Anfang an war. So lernten ihn zuerst weitere Kreise der Bergarbeiter kennen und verehren.



Kämpchens Gedichte sind bisher in drei Bänden erschienen; 1899 erschien der erste Band, betitelt: „Aus Schacht und Hütte“. „Neue Lieder“ erschienen 1904, „Was die Ruhr mir sang“ 1909. In den beiden ersten Bänden überwiegen die Trub- und Kampflieder aus dem Bergmannsleben, im dritten Band kommt der Lyriker mehr zur Geltung.

Kämpchen besingt die Schönheit des sagenumwobenen Ruhrtales und seiner Berge:

„Wie oft schon hast du mich entzückt,  
Du Land, mit jedem Meiz geschnückt  
Wenn ich die Augen schweben ließ  
Auf dich, mein Heimatparadies.“

Welche innige Heimatliebe klingt aus diesen schlichten Zeilen! Kämpchen ruft die Sagen wach, die sich an den Horkenstein und Hünenstein knüpfen; er besingt die Sagen vom Kieselohlbauer, vom Hurlberge, vom Harbenstein, vom Hülligen Sprink und Heidenstein. Von seinen Heimat-

gedichten sind besonders zu nennen: „Der Elsentang“, „Die Waldbierfrau“, „Ealdur's Tod“, „Die Waldbraut“, „Kührende Innigkeit spricht aus dem Gedicht: „Am Grabe der Mutter“. In den Gedichten: „Das Stollengespinn“, „Der Stollenmann“ u. a. bringt Kämpchen das seltsam Schauerliche in den alten Bergmannsagen mit den denkbar einfachsten Sprachmitteln meisterlich zum Ausdruck. Die Gedichte: „Das Grubensied“, „Mabbod“ (Ein Nachtlied) und andere sind Verlen der Poesie.

Erst vor wenigen Jahren war es unserem Kämpchen vergönnt, über die Grenzen seiner engeren Heimat etwas hinaus ins Rheintal, in die Eifel und ins Sauerland zu kommen. Eine ganze Anzahl Gedichte waren das Ergebnis dieser kurzen Wanderungen. Wir nennen nur: „Die Riesenhöhle bei Balbe“, „Die Tropfsteinhöhle bei Attenborn“, „Das Felsenmeer bei Sundwisch“, „Burg Klopp am Rhein“, „Rheinfels“, „Im Nerothal bei Wiesbaden“, „Am Weinsfelder Maar“ (Eifel), „Der Friedhof von St. Goar“ u. a.

„Und weil ich nicht nach Schrankenart  
Mir hohe Götter mochte werben,  
Fiel mir auch nicht nach Schrankenart  
Je eine Götterschaft in Scherben.“

So kam ein Jahr zum andern schnell,  
Und manchen Traum sah ich zerrieben,  
Doch auch als alternder Gefell  
Ist mir der Jugendmut geblieben.“

Das war Heinrich Kämpchen! So lebte und stritt er für seine Klassengenossen.

„Die Erde bietet Brot und Raum,  
Genug zu aller Menschen Frommen,  
Ihr nennt es einen Dichtertraum,  
Ich aber weiß, es wird so kommen.“

In diesen Zeilen drückt sich der unerschütterliche Glaube an den Sieg unserer gerechten Sache aus; in diesem Glauben lebte und starb unser Kämpchen.

In großer, sturmbelegter Zeit 1889 ist Kämpchen und erstanden; in sturmbelegter Zeit, wo drohende Wetterwolken sich zusammenziehen, geht er dahin. Sein Freiheitsgesang aber wird uns geleiten in Sturmeswellern.

„So groß mein Lieb in Sturmeswellern,  
Und schendere deine Witze frei —  
Du sollst den Knechtsinn niederzemettern,  
Das Unrecht und die Tyrannei.“

So hat Kämpchen gelebt, gekämpft und gekämpft. So wird er fortleben in den Herzen und der Geschichte der Bergarbeiter. Seinem Wunsche entsprechend werden wir ihm auf seinem Grabstein die Worte setzen:

„Wacht hin zur Gruft, die ihr vorübergeht  
Ein Sohn des Volkes schläft hier, ein Poet.  
Für Recht und Freiheit hat sein Herz geblüht —  
Er war ein Kämpfer, und sein Schwert das Lieb.“

die drei Brücke zu stellen, die er auf drei Strecken am 23. Februar 1912 hatte, wo einige Schichten gebraucht wurden, um die Brücke zu bewahren. Auch haben im zweiten Stapel zwischen Ort 2-3 zwei Tage lang zwei Sprossen gefehlt, trotzdem Steiger Schumann doch selbst heraus und herunter muß. Es hätte ja einer abblenden können. Im Querschnitt ist es sehr nah, stellenweise steht das Wasser bis über den Schienen. Der Lohn langt aber nicht so langen Stiefeln, deshalb wäre es für die Beche am Plage, einige Wagen Asche zu streuen. Wir nehmen an, daß die Verwaltung von diesen Zuständen nichts weiß, sonst wären die angeführten Mängel vielleicht schon beseitigt.

Beche Königsborn III und IV. (Berichtigung.) In Nr. 9 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 2. März, Seite 5, heißt es: „Vor einigen Wochen wurde hier, jedenfalls weil infolge der forcierten Förderung nicht die nötige Zeit zum Verbauen des Schachtes übrig blieb, die Förderung für einige Zeit gestoppt.“ Die Behauptung ist unwahr. Wahr ist, daß am 23. Januar an einer Fördermaschine der Schachtanlage III und IV ein Dampfzylinder platze, infolgedessen der Maschinenführer die Herrschaft über die Fördermaschine verlor, so daß ein Sturz unter die Erdschicht gezwungen wurde. — In dem Artikel wird ferner gesagt, die Arbeiterbewegung sei den Beamten ein Dorn im Auge. Bei der letzten Bergarbeiterwahl hätten Beamte sogar die Stimmzettler verteilt des alten Verbandes vom Wahllokal gesehen. Diese Darstellung ist ebenfalls unrichtig. Richtig ist, daß der Betriebsführer allgemein das Agitieren und Stimmzettler verteilen im Waschkäusenverbot und Leute, die diesem Verbot nicht folgten, hinausgewiesen hat. — Es ist unrichtig, daß die Aktiengesellschaft Königsborn in einem Jahre 18, in einem andern 27, ja sogar schon 35 Prozent Dividende verteilt hat. Wahr ist, daß die höchste, jemals von der Aktiengesellschaft Königsborn verteilte Dividende 16 Prozent betrug. — Es ist unrichtig, daß auf der Schachtanlage III und IV die denkbar schlechtesten Löhne gezahlt werden. Wahr ist, daß die hier gezahlten Löhne mit den Löhnen anderer, gleichartiger Gruben im allgemeinen übereinstimmen. — Es ist unrichtig, daß die Arbeiterwohnungen unüberhältnismäßig hoch von den Arbeitern bezahlt werden. Wahr ist, daß sie wesentlich billiger sind, als gleichartige Privatwohnungen in den umliegenden Ortsteilen. — Es ist unrichtig, daß am Bergwerksgericht der Beweis dafür erbracht worden ist, daß Sicherheitsmänner, die es mit ihrer Pflicht als solche ernst nehmen, so behandelt werden, daß sie nicht lange bleiben können. Wahr ist, daß bisher nur ein Sicherheitsmann am Bergwerksgericht gegen die Aktiengesellschaft Königsborn Hagbar geworden ist wegen angeblich ungerichteter Behandlung. Diese Angelegenheit ist aber abgewiesen worden, da der Anwalt erbracht wurde, daß seine Prozeduren unberechtigt war. — Es ist unrichtig, daß der Belegtauschel aus dieser Schachtanlage besonders groß ist. Wahr ist, daß die Leute weniger wechseln als auf anderen in der Entwicklung begriffenen Schachtanlagen. Königsborn, Aktiengesellschaft für Bergbau, Salinen- und Salzbad-Betrieb, Schnapp.

## Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

**Städtische Braunkohlenwerke in Eggersdorf (Bezirk Magdeburg).** Der Schichtlohn der Dauer beträgt auf Schicht IX dieser Beche 3,30 Mk., für Förderleute 3,20 Mk. Aber oftmals sind die Kameraden nicht imstande, selbst diesen Hungerlohn zu verdienen. Zum Beispiel hat auf diesem Schicht eine Kameradschaft 3,27 Mk., eine andere 3,28 Mk. und eine dritte 3,22 Mk. pro Schicht und Arbeiter im Monat Januar verdient. Davon gehen ab pro Schicht 9 Pf. Delgeld, 3 Pf. Kommungeld und für die Förderleute der Hauergrößen. Bei verhältnismäßig hohen Löhnen konnte Vater Staat wohl von diesen Abzügen absehen. Dabei herrscht noch eine ziemlich unhöfliche Behandlung seitens der Beamten. Bei jeder Kleinigkeit heißt es, wenn es noch einmal vorkommt, so muß ich das dem Selbsten machen. Eines Morgens, als die Leute mehr Lohn haben wollten, fuhren sie nicht an, um eine Verhandlung zu veranlassen. Es wurden ihnen denn auch 5 Pf. zugewilligt pro Schicht. Der zuständige Bergrat, Führer, dem Vertrauensmann den Auftrag, der Belegschaft zu sagen: „Der Herr Bergrat ist sehr ungehalten über den Aufbruch, sie sollen drei Mann wählen, welche ihm Abhilfe tun.“ Die Belegschaft ist sich jedoch keiner Schuld bewußt und kann daher dem Wunsch des Bergrats nicht entsprechen.

Grube Friederike (Damersehen). Dieser Rütt gehört zu denjenigen, welche seinerzeit durch die Konzentration von den Harber Kohlenwerken verschlungen sind. Mit dem neuen Regime sind auch bald ganz unehrerliche Zustände eingezogen. Vor allen Dingen scheint hier bei den maßgebenden Beamten die Meinung vorherrschend zu sein, daß der Braunkohlenarbeiter froh sein kann, wenn er nur Arbeit hat; Geld braucht er nicht zu verdienen. Den Arbeitern vom Füllort zahlt man sage und schreibe 3 Mk., der Betriebsmaschinen, welcher auch die Leuchteförderung unter sich hat, bekommt 3,40 Mk. Als diese Leute den Inspektor um eine Lohnhöhung angingen, gab ihnen dieser zur Antwort, wenn sie mehr Lohn haben wollten, sollten sie in die Förderung gehen. Aber auch in der Förderung ist kein Lohn zu verdienen. Im „Neuen Flachen“, welcher ca. 250 Meter im Fall heruntergetrieben wird, ist die Wetterung derartig hundsmissig, daß der Sauer fast bei jedem Wagen frische Wetter schnappen muß. Vor einer derartigen, die Gesundheit zerrüttenden Arbeit haben die dort beschäftigten drei Mann 3,19 Mk., die anderen drei Mann 3,56 Mk. verdient. Im Monat Februar, als sie mehr haben wollten, meinte der „geizhulle“ Herr: „Sie sollten man itte drauf kloppen und nicht so viel herumtöseln.“ Durch die hohen Löhne und die Faulenzerei sei die Grube Glück auf zum Stillstand gekommen. Bevor es hier so käme, jage er die ganze Bande zum Teufel. (Dabei weiß jedes Kind, daß es das Profitinteresse der Kapitalisten gewesen ist, das die Grube Glück auf verschlungen hat. D. V.) Ein Arbeiter im südlichen Teil des „Fünften“ bezeichnet den ihm gezahlten Lohn als einen Hungerlohn, was den Beamten derartig in Harnisch brachte, daß er nicht über Luft hatte, mit dem Mann sich zu prügeln. Der Mann war aber vernünftig genug, sich mit ihm nicht einzulassen, worauf er seine Entlassung bekam. Begeisternd für die Mischheit auf die Gesundheit der Arbeiter ist es, daß die im fünften Flöz nördlich auf dem dritten Berge beschäftigten Arbeiter bei der vorhandenen heißen Temperatur 10 Stunden arbeiten mußten. Ihre Vorstellungen wurden mit den Worten abgetan: „Hier halte ich es 24 Stunden aus und wenn es noch wärmer ist.“ Es würde gut sein, wenn sich die Bergbehörde den Betrieb des öfteren unverhofft ansehen würde. Sie hätte zu erwägen, ob es im Interesse der Arbeiter nicht notwendig wäre, von § 81, Abs. 2 der bergpolizeilichen Vorschriften im „Neuen Flachen“ Gebrauch zu machen. Auch hätte sie ihr Augenmerk darauf zu richten, ob in der Grube nicht des öfteren Arbeitsplätze vorhanden sind, wo § 146, Abs. 1 der Vorschriften zur Anwendung kommen muß. Die Kameraden aber tragen selbst Schuld an diesen Zuständen, indem sie sich dem Wahn hingeben, daß sie ohne Organisation fertig werden können. Das stärkt den Grubenherren das Rückgrat, da sie wissen, daß sie es mit den Arbeitern noch ärger treiben können. Hoffentlich zieht jeder die Lehre aus den Vorgängen, daß die Arbeiter nur durch richtige Organisation diese Zustände beseitigen können.

**Grube Elisabeth.** Von allen Gruben des Bezirks bietet dieses Wert den Arbeitern den meisten Grund zur Kritik. Der Bechenaal gleicht eher einem Saustall als einem Aufenthaltsraum für Menschen. Lumpen und anderer Unrat liegen schon seit Jahresfrist, so daß Ratten und Mäuse dort eine gute Brunnstätte gefunden haben. Es würde zu weit führen, alle vorhandenen Mängel hier aufzuzählen. Beweis jedoch, daß Mängel in großer Zahl vorhanden sind, ist die Tatsache, daß ein Transport Bergarbeiter, welcher aus Ammendorf geholt war, die geistliche Stätte schleunigst wieder mit dem Bemerkten verließ: „Schafft erst menschenwürdige Zustände in eurer Grube, wir werden nicht zu Lohndrückern.“ Dieses ist jedenfalls brav von den Ammendorfer Kameraden gehandelt. Was tun aber die Arbeiter von der Grube Elisabeth? Sie lassen sich von den Vorgesetzten auf die Leimrute führen und treten dem neugegründeten Knappenverein bei und glauben, so ihre wirtschaftliche Lage verbessern zu können. Kameraden, wacht auf! Nur durch geschlossenes Eintreten in den Bergarbeiterverband seid ihr imstande, eure traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. An die auswärtigen Kameraden richten wir die dringende Bitte, ehe sie auf der Elisabethgrube Arbeit annehmen, bei der Ortsverwaltung in Geschäfts vorzusprechen. Dies war auch der Wunsch einer gut besuchten Bergarbeiterversammlung, die am 3. März in Mücheln stattfand. In ihr kam zum Ausdruck, daß an dem Lohnkampf in England und im Ruhrrevier die Arbeiter der mitteldeutschen Reviere zwar nicht aktiv teilnehmen könnten, wohl aber müßten sie auf dem

Sprunge sein, um auch für sich bei dieser günstigen Gelegenheit einige Vorteile zu erlangen.

## Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Ein Schwarzer, der das Gras wachsen hört.**  
hat in Nr. 8 des „Bergknappen“ unter Kellinghausen nachstehenden Binnent veröffentlicht:

„Der Knappschafstälteste Genning vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverband darf bei der Auszahlung der Invalidenrente ruhig die alte Sittlichkeit beibehalten. Am 8. d. M. forderte er im Restaurant „Palmengarten“ die alten Invaliden, die über Nr. 50 zählen, auf, den Saal zu verlassen, sonst würde nicht ausgezahlt. Wir fragen: Wo sollen die alten Kameraden so lange bleiben, draußen oder in der Wirtschaft? Genning weiß anscheinend nicht, daß mancher arme Invalide keinen Groschen mehr hat vor der Auszahlung. So viel über P. für heute.“

Dem braven Manne, der sich mit so fürsorglicher Liebenswürdigkeit der Invaliden annimmt, würde ich auf seinen Schrieb nicht antworten, wenn er die Wahrheit berichtet. Der gute Mann hat ja keine Ahnung von der kritisierten Angelegenheit; er hat irgendwo was pfeifen hören und will es mir jetzt anhängen. Denn nur darauf kommt es dem Einjender an; nicht aber auf die Invaliden. Im Gegenteil: Die Invaliden sind recht zufrieden mit der Anordnung, daß jetzt immer nur von 50 zu 50 aufgerufen wird. Denn seit dieser Einrichtung besteht, die nicht ich allein treffen konnte, ist das gefährliche Gedänge bei der Auszahlung weggefallen. Nun soll die Verachtlichung der Invaliden darin liegen, daß sie während des Wartens in der Wirtschaft Geld verzehren müssen. Das ist direkt unwahr. Niemand ist genötigt, Geld zu verzehren, der Wirt selbst hat erklärt, daß er niemand etwas anbietet. Da ja der „Bergknappen“ scheinbar anständig, nach mehr „Entbüllungen“ über mich zu bringen, werde ich wohl noch erfahren, worin er eine Verachtlichung der Invaliden durch die Anberaumung des Auszahlungsmodus erblickt. Gustav Penning, Knappschafstälteste.

## Stimmische „Wohlfahrts-Einrichtungen.“

Eine der „Wohlfahrts-Einrichtungen“, die der Defensivität besonders imponieren sollen, ist die Familienrentenkasse der Stimmischen. Eine solche Einrichtung zur Linderung der Defensivität kann sich Stimmes deshalb gut leisten, weil sie ihn seinen Pflanzling kostet. Der Arbeiterausschuß der Stimmische III und IV in Braut erfährt nämlich zu seinem größten Erstaunen, daß die Kosten dieser Stimmischen „Wohlfahrt“ ständig aus den Geldern der Unterstützungskasse bestritten wurden. Wie der Betriebsführer sagte, mit Zustimmung des früheren „christlichen“ Ausschusses. Nur diese Weise wurden dem Unterstützungsfonds in einigen Jahren über 30 000 Mk. entnommen.

Da nun im Gegensatz zum früheren „christlichen“ Ausschuss der jetzige Ausschuss gegen solche Handlungsweise protestierte, legte die Verwaltung der Stimmischen Werke dem Oberbergamt neue „Grundzüge über die Verwaltung der Bechenunterstützungskasse“ zur Genehmigung vor. In denselben heißt es:

„Die Unterstützungskasse zerfällt in zwei Unterabteilungen: 1. Familienkasse, 2. Unterstützungskasse. In erstere Kasse fließen 1. die Hälfte aller Strafgebühren, 2. überschüssende Pfennige, 3. nicht abgehobener Lohn, 4. Finesen für eventuellen Kasseeinstand.“

Auf diese Abteilung hat der Arbeiterausschuß absolut keinen Einfluß mehr. Also ist ihm der weitgrößte Teil der Einnahmen zur bisherigen Unterstützungskasse der Mittelverwaltung entzogen.

Es bleibt ihm nur noch die Mittelverwaltung über die andere Hälfte der Strafgebühren übrig. Mit diesen paar Mark soll nun der Ausschuss die Not der Belegschaftsmittelglieder lindern.

Daß das Oberbergamt die Genehmigung erteilt, haben wir vorher nicht für möglich gehalten. Der Protest des Ausschusses wurde

einfach nicht beachtet, trotzdem auch Bergarbeiter-Essen der Meinung war, daß solches ungesund sei. Unter Ausschluß meinte mit Recht: Wenn Stinnes mit Wohlfruchtbelegungen prunken wolle, so solle er auch die Kosten dafür tragen und das Geld nicht den Kassen entnehmen, welche doch rechtmäßig den Belegschaftsmitteln gehören.

Es ist nun beim Minister des Innern der Antrag gestellt, die Genehmigung des Oberbergamts aufzuheben. Ob er von Erfolg sein wird, bleibt abzuwarten.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Wohl- und Tätigkeit der Sicherheitsmänner, besonders § 80d, Abs. 2 und 3, lassen sehr vieles zu. „Seine statt Brot“, schrieb der „Bergknappe“ seinerzeit mit Recht. Aber heute, seitdem er alles durch die Interessenbrille des Zechenverbandes, welche ihm von der Rheinisch-Westfälischen für treue Haltung verliehen wurde, blickt, nimmt er die Seine als Brot. Die Sicherheitsmänner auf den Stinneschen Werken werden vollständig ignoriert. Beschwerden wegen groben Mißbehagens derselben harrten noch der Erledigung. In dieser Beziehung glauben wir ein sehr langsame Tempo in der Behandlung solcher Beschwerden beim Oberbergamt zu bemerken. Nicht mal die einfachsten Beschwerden des Ausschusses oder der Sicherheitsmänner werden von der Zechenverwaltung brachtet. Es wird pflichtgemäß zu Protokoll genommen und — begraben ist die Geschichte! Keinen Mißstand beseitigt die Zechenverwaltung. Wenn nun auf oben geschilderte Art und Weise dem Ausschuss keine Rechte auch noch genommen werden, so bleibt statt Schutzgesetz nur noch eine Vergarbeiterverhöhung übrig. Eine Verhöhung durch das Gesetz! Eine einjährige Verhöhung durch die Werksbesitzer und als Krone des Jammers noch die Verhöhung durch den „Christlichen“ Zentralschlichter, welcher angesichts solcher Zustände die Vergarbeiter noch ermahnt, geduldig und ergeben zu sein, die Werksbesitzer werden schon Besserung bringen. Viele Bergarbeiter sind bei jahrelangem Warten auf Verfassung ins Grab gesunken, dort haben sie „Besserung“ — fern von Not und Elend, aber auch fern von der Bosheit und Falschheit erbärmlicher Menschen.

**Zur Lokalfrage in Datteln.**

Obwohl hierorts der Bergarbeiterverband die stärkste Organisation ist, hat er gegenwärtig in Datteln keine Versammlungsmöglichkeit. Die Säle, welche leer und die Wirte möchten wohl gern die Großen der Verbändler; der Hof gegen uns ist aber andererseits so stark, daß man uns dennoch die Lokale verweigert. Auch die Wirtschaft Kroenburg, wo der Verband früher seine Versammlungen abhielt, ist uns wieder entzogen worden. Der Wirt hat großes Verlangen nach „Besserer“ Kundenschaft — die Arbeiter sind ihm nicht mehr nobel genug. Das werden sich die Kameraden hoffentlich recht gut merken und werden ihn und auch die anderen Saalwirtschaften künftig meiden. Und zwar so lange, bis sich die Herrschaften eines besseren besinnen. Also, Verbandsmitglieder, vergeht nicht, gleiches mit gleichem zu verfahren. Dann aber erinnert euch auch an die Lokalmittel, die allmonatlich geleistet werden muß, damit wir die Lokalmittel aus eigenen Mitteln beschaffen.

**Dannover, Braunschweig, Hessen-Nippen. Adelte Leute.**

Auf dem Allalwerke Nonnenberg scheint man nicht nur in gelben Weinen der Kaffee und Kuchen in Wirtschaften, sondern auch oft im Schachte recht vergnügte Stunden zu veranlassen. Und wird mitgeteilt, daß am 1. Februar auf Veranstaltung des Herrn Direktors Gamm ca. 170 Mann, Männlein und Weiblein, aus dem Dorfe Nonnenberg in den Schacht gefahren sind und in der Grube ein sehr fröhliches Gelage veranstaltet haben. Bei dieser Massenschmauserei und Sauferei ist nun mancher anscheinend zu kurz gekommen und erzählte diese Leute nun allerlei Unzulänglichkeiten.

Es sind doch wunderliche Käuze, diese Nonnenberger Verbändler! Erst gründet man allerlei Klimbimvereine zur Lösung des Verbandes, pflegt dann die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit mit Fuchsfütterung und Bieraufzehrung und wenn dann so ein Werkzeug den Hals nicht voll gekriegt hat, schimpft er wie ein Mohrspann. Unständige Arbeiter organisieren sich lieber und meiden solchen Klimbim.

**Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen. Knappschäftswahl.**

Auf der Grube Gnadenreith bei Rauen am 25. Februar Knappschäftswahl. Gewählt wurde der bisherige Veltelle Wiltz. Wolf, als Erbsmann Theodor Christoph. Die Beteiligung an der Wahl war sehr schwach; so mancher Organisierte hatte es nicht für nötig gehalten, seine Stimme abzugeben, und von den Unorganisierten war gar nur ein Mann gekommen. Aber auch die Verwaltung war nur durch einen Beamten vertreten.

Es herrscht also hier eine allseitige Gleichgültigkeit den wichtigsten Berufsfragen gegenüber, bei „hoch und niedrig“. Das ist zu bedauern, denn gerade im Knappschäftswahlwesen ist noch viel zu verbessern, was aber nur geschehen wird, wenn die Beteiligten den feinen Willen für eine Besserung befunden. Daher, Kameraden, bessere Beteiligung an allen Aktionen, an Wahlen und an Versammlungen!

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

**Niederschlesien, meidet das Ruhrrevier!**

Die im hiesigen Revier gezahlten niedrigen Löhne, die schlechten Arbeitsverhältnisse und vor allem der brutale Terrorismus, wie er seitens fast aller Grubenverwaltungen ausgeübt wurde, haben im Laufe der letzten Jahre Tausende von Vergarbeitern aus dem hiesigen Revier getrieben und sie gezwungen, nach dem Ruhrrevier auszuwandern. Selbst bis in die letzten Tage hinein zeigt sich, daß der Fortzug nicht aufhört, sondern von Tag zu Tag immer mehr zunimmt.

Angeichts der Tatsache, daß die Bergarbeiter des Ruhrgebietes in einer Lohnbewegung stehen, die, wenn die Grubenbesitzer nicht nachgeben, höchstwahrscheinlich zu einem Nietenkampf führt, wäre es ein Verbrechen an der Solidarität und Kameradschaftlichkeit gegenüber den dortigen Verkskollegen, wenn sich jetzt noch weiter hiesige Vergarbeiter von Agenten der Ruhrzechen anwerben ließen oder auf eigene Faust abwanderten.

Wer nicht will, daß ihn die Ruhrbergleute als Streikbrecher ansehen sollen, der bleibe im niederschlesischen Revier und sorge durch Weitreiten in den Bergarbeiterverband dafür, daß auch hier höhere Löhne gezahlt, der Terrorismus beseitigt und die Arbeitsverhältnisse verbessert werden.

Dringend muß aber auch jetzt in dieser ersten Zeit von jedem niederschlesischen Vergarbeiter gefordert werden, von jetzt ab keine Leber- und Nebenarbeiten zu versehen. Nicht allein die Lohnbewegung im Ruhrrevier, sondern auch der Streik in England, wo seit dem 1. März mehr als eine Million Bergleute im Kampfe stehen, macht es notwendig, daß nicht allein keine Menschen, sondern auch keine Kohlen in diese Reviere verschickt werden. Würden die hiesigen Vergarbeiter dem zuzuhilfen kommen, so würde nur dadurch der Kampf unnötig in die Länge gezogen werden. Kameraden, beachtet das, bedenkt, daß der Kampf der dortigen Vergarbeiter unser Kampf, ihr Sieg auch unser Sieg sein wird. Hoch die Solidarität! Hoch die Einigkeit!

**Saargebiet und Reichslande.**

**Eine Lohnbewegung der Christen.**

Im „Bergknappen“ vom 2. März wurde unter der Rubrik „Aus Lothringen“ gemeldet, daß an die Gruben Saar und Mosel, de Wendel und La Hoube eine Lohnbewegung gerichtet worden sei, denn eine Aufbesserung der Löhne sei dringend nötig. Wie hoch die Lohnforderungen der „Christen“ waren, darüber konnte man nichts erfahren. Doch genug, daß die W. Glabacher wenigstens eine Lohnbewegung machen und noch dazu auf Saar und Mosel. Auf derselben Grube, wo diese Leuten sich 1910 der Lohnbewegung des alten Verbandes in den Weg stellten und dafür von Bergmeister C. raves Gnaden folgendes Lob ausgestellt bekamen: „Es konnte ein Zustand (auf Saar und Mosel) insbesondere dadurch vermieden werden, daß der christliche Gewerksverein seinen Mitgliedern von der Beteiligung an einem solchen Abriete, wodurch auch der sozialdemokratische Verband sich gezwungen sah, nachzugeben.“ Nun, diesmal, im Jahre 1912, leitete der „Christliche“ Gewerksverein die Lohnbewegung ein, wenigstens erfuhr man dies am 2. März durch den „Bergknappen“. Den berühmten „Christlichen“ Strategen, die sich 1910 lieb kind gemacht hatten, konnte es ja nicht fehlen, daß man ihnen für ihre Unternehmerrückständigkeit wenigstens in etwas entgegenkam.

So rechneten sie wenigstens. Doch mit des Kapitals Mädchen ist kein ewiger Bund zu schließen — und der Dant vom Hause Stinnes blieb nicht aus. In derselben Zeit, als der „Bergknappe“ über die eingeleitete Lohnbewegung berichtete, war sie auch schon ins Wasser gefallen. Die „Lothringer Volkstimme“, das „Christliche“ Sekretariatsblatt, brachte nämlich auch am 2. März folgende Notiz:

„Dortsch, 28. Febr. (Gewerkschaftliches.) Eine Vertrauensmännerversammlung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter fand am Sonntag, den 25., für das lothringische Kohlenrevier in Dortsch statt, um u. a. auch zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. Nach Aussage der Vertrauensleute sei unter den Belegschaftsmittgliedern eine tiefgehende Verstimung, die ihre Ursache in den niedrigen Löhnen habe. So seien Dauerlöhne von 4,20 Mk. bis 4,30 Mk. keine Seltenheit. Einzeln seien sogar solche unter 3 Mk. zu verzeichnen. Andererseits würden aber auch Arbeiter wieder bevorzugt, die Aufbesserungen erhielten. Es herrsche eine Ungleichheit unter den Löhnen, die nicht allein auf die verschiedenartigen Leistungen zurückzuführen seien. Eine allgemeine Erhöhung der Löhne könne nach Aussage der Grubenverwaltungen nicht eintreten, weil die lothringischen Kohlengruben außerhalb des Syndikats ständen. Ein Sympathiestreik zugunsten der englischen Bergleute wird abgelehnt. Dagegen soll mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden, daß eine Erhöhung der Löhne in Lothringen eintrete.“

Also eine allgemeine Lohnerhöhung kann nicht eintreten, weil die lothringischen Kohlengruben außerhalb des Syndikats sind. Im Ruhrgebiet, wo die Bergarbeiter hinstreckt sind, sagt man den Ruhrbergarbeitern, der bergbauliche Verein kann keine Lohnerhöhungen eintreten lassen, er hat keine Macht dazu, das müssen die einzelnen Gruben für sich tun. In Lothringen können die einzelnen Gruben wieder nichts tun, weil sie nicht im Syndikat sind. Es wäre zum Lachen, dieses frivole Spiel, wenn die Lage der Bergarbeiter nicht so traurig wäre. Einen Sympathiestreik zugunsten der Engländer lehnten die Vertrauensmänner ab. Als wenn es sich bei Ablehnung der Forderungen des „Christlichen“ Gewerksvereins um Engländer handelte! Es ist aber naturgemäß: wer im Jahre 1910 die Lohnbewegung leitete, kann im Jahre 1912 doch nicht zum Streik greifen, um seine Lohnbewegung durchzuführen, sonst könnte ja das Lob der Bergherren verloren gehen und dem „Christlichen“ Gewerksverein scheint in dieser Zeit mehr an dem Lobe und dem Umlagegebiete der Kohlenmagnaten, als an dem Wohl und Wehe seiner Mitglieder zu liegen. Am 3. März fand nun im Saale des Herrn R. r. m. e. r. e. n. a. b. eine Belegschaftsversammlung der Saar- und Moselgruben statt. Der große Saal war gedrängt voll. Kamerad W. i. h. m. a. n. n. geisterte das Verfahren der „Christlichen“ im Ruhrgebiet wie in Lothringen, welche überall mit dem Mädchen vom englischen Sympathiestreik tanzen, wo es sich doch um die ureigensten Interessen der deutschen Bergarbeiter handelt. Wenn die Kameraden in Westfalen und Rheinland mit Recht eine Lohnerhöhung verlangen und bereit sind, auch zum letzten Mittel zu greifen, um diese zu erlangen, so trifft dies um so mehr auf die lothringischen Kohlengruben zu. Wohl konnte man ihnen vom Jahre 1907 nicht von Jahr zu Jahr den Lohn so kürzen, wie den Ruhrknappen, da sie im Jahre 1907 kaum so viel verdienten, um leben zu können, aber doch ging man dazu über, von dem geringen Lohn noch zu kürzen, so daß es heute bald so weit ist, daß der Bergmann noch etwas auf die Grube mitbringen kann. Das zeigt folgende Gegenüberstellung: Im Jahre 1907 hatten im Ruhrgebiet 1 Sauer und Schlepper im vierten Quartal einen Lohn von 6,14 Mk. In Lothringen, Bergrevier Saargruben, betrug der Lohn in der genannten Zeit 5,12 Mk. und fiel bis auf 5,00 Mk. im Jahre 1910. Heute ist es eher schlimmer als besser. Wäplich sei ein solcher Zustand aber nur, weil die Lothringer Kameraden in ihrer Mehrheit nicht organisiert sind. Kamerad W. i. h. m. a. n. n. forderte die Anwesenden auf, sich alle dem Verbände anzuschließen, denn nur dieser komme für die Vergarbeiter, die wirklich ihre Lage bessern wollen, in Betracht, und viel den Kameraden, welche in den hundertstimmigen Ruf ausbrachen: „Streiken müssen wir jetzt, sonst bekommen wir nichts“, abzuwarten, was die Kameraden im Ruhrgebiet beschließen, dann sei es auch für sie Zeit, ihre Anordnungen zu treffen, jetzt aber alles zu tun, um der Organisation neue Kämpfer zuzuführen. Auf Hohngelächter empfing ihn und als W. i. h. m. a. n. n. es gelang, die Kassen zum Wort, er erklärte, den Kameraden die Augen über das frivole Spiel der Engländer im Jahre 1906 öffnen zu wollen. Ein Hohngelächter empfing ihn und als W. i. h. m. a. n. n. er gelang, die Kameraden zu beruhigen, dankte ihm der „Christ“, daß er jetzt ruhig sprechen könne, aber nun wolle er nicht. W. i. h. m. a. n. n. erteilte ihm eine Lektion, die er wohl so bald nicht mehr vergessen wird, indem er den Kameraden die Frivolität der „Christlichen“ vor Augen führte, welche wohl das englische Geld 1906 mit Dank annahmen, um ihrem Dalles abzuheulen, aber heute im Interesse der Kohlenbarone gegen die englischen Brüder Peter und Morbio schreien. Kameraden der Saar- und Moselgruben, bloß eines kann euch helfen: der Eintritt in die Organisation; nicht umsonst darf euer Applaus am 3. März verhallt sein, vordem, ein jeder bringe einen neuen Kameraden und auch hier wird es trotz der „Christen“ besser werden!

**Franz Behrens im Saargebiet.**

Das Generalstabsbüro der Christen: Giesberts, Imbusch und Behrens, stante am 3. März dem Saargebiet einen Besuch ab und veranstaltete hier einige Bergarbeiterversammlungen. Darüber wollen wir nun nicht weiter reden, denn wir begreifen vollkommen, daß es den verantwortlichen Christenführern jetzt recht schwer sunnte wird, nachdem sie sich die Karre im Ruhrrevier so böse in den Dreck gefahren haben. Da kommen eben Wünsche nach Erleichterung vor gleichgestimmte Seelen, und solche finden sie nirgends sicherer, als an der Saar. Denn hier unterrichtet sich die große Masse der Bergleute über die Vorgänge draußen fast ausschließlich aus den Zentrumsblättern, und die sorgen ja — genau wie der „Bergknappe“ — für den nötigen Dunst. Unser Mitleid mit den Christenführern läßt uns also deren Eskursion ins Saargebiet wohl verstehen. Daß aber die „Christlichen“ Diplomaten ihre Welt über das Beschlagen ihrer Wäplichen, im Ruhrrevier unter allen Umständen eine ernsthafte Lohnbewegung zu verhindern, so deutlich merken ließen, wie Behrens und seine Getreuen in Oberbergach, das hatten wir nicht geglaubt.

Dort hatten sich in der Versammlung — die ja eine öffentliche sein sollte — einige Verbandskameraden mit eingefunden. Und als Behrens die Lohnbewegung im Ruhrgebiet mit der ihm eigenen Rawität als „Wäpenschwindel“ hinzustellen suchte, erfolgte von einem unserer Knappen ein Zwischenruf. Das erregte schon etwas Unwillen, der aber wieder vorüberging. Wie dann der Christengeneral aber weiterhin in trampschalen Bindungen die verunglückte Haltung der Gewerksvereinsleitung zu beschönigen suchte und ein weiterer Zwischenruf kam, da war es aus. Wie eine Horde wilder Raffen stürzten sich 20 bis 30 Behrenschüler auf den Zwischenrufer. Er wurde vom W. Glabacher Böging W. am Halse gepackt und unter Mißgunst von 20 Gehilfen hinausgeführt. Lobendes Geschrei: „Schlagt sie tot“, „Schmeißt sie raus!“ begleitete die Selbsttat. Ein früherer Adjunkt von Oberbergach tat sich besonders im Willen hervor, er wollte sie alle totschlagen und wenns zwangig wären. Und Behrens? Der stand an seinem Platz, grinste und rief sich vor Vergnügen die Hände. Die Freude lagte ihm aus den Augen, daß er wenigstens hier einmal seiner Wut gegen die Notzen fröhnen konnte, wenn auch passiv. Und auch nachher, als sich die Willen wieder beruhigt hatten, hielt Franzens Freude über den verübten Mord noch an — nicht ein Wort der Mißbilligung fand er für die schwarzen Mordbuben. Was hätte er wohl auch sagen können — es ist doch ganz die Art der „Christlichen“ Gelden im allgemeinen, die sich hier betätigte und die überall brutal werden, wo es ihre Lebermacht gestattet. Behrens wird sich aber nicht lange freuen dürfen — der Orte werden immer weniger, wo seine „Erziehungsmethode“ an einzelnen Gegnern erprobt werden könnte. Und gerade die verärrerliche Haltung bei der diesmaligen Lohnbewegung wird bewirken, daß seine Uhr recht bald abläuft.

**Die Revierkonferenz.**

Einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der Revierkonferenz werden wir erst in nächster Nummer bringen können. Heute nur folgendes:

Die Konferenz wurde am Sonntag früh um 9 1/2 Uhr in G. r. e. eröffnet und dauerte bis nach 2 Uhr nachmittags. Geleitet wurden die Verhandlungen von den Vorsitzenden der drei Bergarbeiterverbände. Anwesend waren 600 Delegierte aus allen Teilen des Ruhrgebietes, alles Kameraden, die noch Vergarbeiter vertriehen, durchweg Kämpfer mit gewerkschaftlicher Erfahrung. Kamerad S. a. c. h. s. e gab einleitend einen Bericht über die zur Förderung der Lohnbewegung seither unternommenen Schritte: Eingabe an den Bergbauischen Verein, Eingabe

an die Zechenverwaltungen, Konferenzen der Vorstände, der Aktionsausschüsse und der Vertrauensleute der einzelnen Verbände. Von den Vorständen sei auf die Schwere der Durchführung einer Bewegung hingewiesen worden, der sich nicht alle vier Verbände angeschlossen haben, aber es mußte auch gesagt werden, daß die Lage der Industrie, des internationalen Kohlenmarktes noch nie einer Lohnbewegung so günstig gewesen sei wie heute. Wann solle denn eine Lohnbewegung mit Aussicht auf guten Erfolg eingeleitet werden, wenn man jetzt unübrig blicke? S. a. c. h. s. e sprach auch von der Konferenz mit dem Herrn Minister De l. b. r. u. s. d., die kein befriedigendes Resultat erzielt habe. Nun hätten die Delegierten der Möglichkeiten zu entscheiden, was weiter geschehen solle. Kamerad S. u. e. berichtete über die Konferenz mit Herrn Minister De l. b. r. u. s. d.

Der Vorsitzende der Polnischen Berufsvereinigung, Kamerad M. a. n. t. o. w. s. k. i., schloß sich den Ausführungen S. a. c. h. s. e. vollständig an und wandte sich mit großer Entrüstung gegen das arbeiterverräterische Treiben der Gewerksvereinssekretäre. Ihre Handlungen seien eine Verfündigung gegen das Christentum!

Der Vorsitzende des Gewerksvereins Hirsch-Dunder, Kamerad S. c. h. m. i. d. l., erklärte, was S. a. c. h. s. e. und Mantowski über die günstige Zeit für eine Lohnbewegung sagten, sei vollkommen richtig. Es frage sich lieber, ob die fürchterliche Streikbrüche der „Christlichen“ Führer nicht doch zu viel Verwirrung und Unentschlossenheit in manche Belegschaften gebracht habe. Das sollten die Delegierten bei ihrer Abstimmung berücksichtigen. Im ähnlichen Sinne sprach sich Kamerad Abg. S. o. j. i. n. s. k. i. von der Polnischen Berufsvereinigung aus.

Die Diskussion dauerte mehrere Stunden. Abwechselnd kamen Delegierte von drei Verbänden zu Wort. Weit überwiegend sprachen sie für sofortige Aufnahme des Kampfes. Ein kleiner Teil der Redner sprach die Befürchtung aus, es möchte der systematischen Streikbrüche gelingen, die Bewegung zu zersplittern. Darum wäre leicht eine Verjagung des Streikbeschlusses zu überlegen. Die aufgestellten Forderungen seien durchaus berechtigt, manche nur zu mäßig gehalten, aber wenn ein Beschluß gefaßt würde, müsse er einmütig gehalten werden. Andere Delegierte sagten, wenn die Bewegung, die bereits 1910 begonnen habe, nun nochmals vertagt würde, dann hätten die Streikführerorganistoren noch mehr Zeit für ihre Wäperei. Jetzt müsse der Beschluß gefaßt werden. Um sich vor jeder Heberleiung zu hüten, beschloß die Konferenz, zwar die Debatte zu schließen, aber noch sechs Redner (Delegierte) zu Wort kommen zu lassen, die mit Rücksicht auf die Streikbrüche für die Vertagung des Streikbeschlusses sprechen wollten. Dadurch hat die Konferenz bewiesen, daß sie ruhig überlegend ihre Entscheidung getroffen hat.

Die Abstimmung war geheim (mit Stimmzetteln), die Angestellten der Verbände stimmten nicht mit! Das Abstimmungsresultat war die Annahme der auf der ersten Seite dieses Blattes abgedruckten Resolution mit 507 gegen 72 Stimmen. Dies Resultat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und die Delegierten, welche vorher für Vertagung gesprochen und dementsprechend auch gestimmt haben, erklärten nun, jetzt würden auch sie dem Konferenzbeschlusse zur Durchführung verhehlen. Einig müsse man sein unter allen Umständen!

Nachdem noch eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen gemacht war, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die Vergarbeitereinigkeit geschlossen.

Zu dem am Sonntag Nachmittag abgehaltenen, von ungeheuren Massen besuchten Versammlung (über 70) wurde der Konferenzbeschlusse mit dräuendem Beifall aufgenommen. Ob die am gleichen Tage mit verstärkter Wut von den Gewerksvereinssekretären in zahlreichen Versammlungen und Flugblattverteilung unternommene Streikbrüche den von den Arbeitervertretern ersehnten Erfolg haben wird, muß sich im Laufe dieser Woche zeigen. Bisher ist ein Gesamtergebnis nicht zu gewinnen.

**Lohnbewegungen und Streiks. Der Generalstreik in Großbritannien.**

London, 8. März 1912

Mit prächtiger Einmütigkeit führen die britischen Knappen ihren Kampf um den Minimallohn. Da gibt es keine Streitigkeiten um religiöse oder nationale Fragen, die mit der Sache ja auch gar nichts zu tun haben. Der Kampf gilt der gemeinsamen Sache, der Hebung der Lage der Bergarbeiterschaft, der Erringung eines gesicherten menschenwürdigen Daseins. „Es ist eine Lust, anzusehen, wie alle unsere Leute fest zusammenhalten“, sagte mir vor einigen Tagen der Kamerad S. m. i. l. l. i. e. Und er hat recht, sich über dieses beispiellose Aufmarschieren der britischen Bergarbeitermassen zu freuen. Man denke sich, im ganzen Lande bei über einer Million Bergarbeitern kein einziger Streikbrecher! Auch von den 115 000 Mitgliedern der Föderation, die gegen den Generalstreik stimmten, hat kein einziger daran gedacht, den Beschlüssen der Mehrheit entgegen zu handeln. Dabei herrscht in allen Revieren die größte Ordnung und Ruhe. Bis jetzt hat es die Obrigkeit vermieden, ihre Gewaltmittel zu entfalten, und hoffentlich wird sie sich in der Zukunft ebenso vernünftig benehmen. Die Vergarbeiter wissen, was sie der Würde und dem Ansehen ihrer Organisation schulden. Sie selbst sorgen für Ordnung und halten die Bergwerke in Stand, damit die Arbeit nach dem Friedensschluß gleich wieder aufgenommen werden kann.

Die Woche verlief ohne große Ereignisse. Das bemerkenswerte Phänomen war der plötzliche Umschwung der Presse — worunter man in Großbritannien stets die böserliche Presse versteht, da es eine Arbeiterpresse so gut wie gar nicht gibt. Vorige Woche tat die Presse sehr freundlich und versuchte ihr möglichstes, um die Vergarbeiter zu bewegen, die leeren Versprechungen der Regierung anzunehmen und die Arbeit nicht einzustellen. Als ihr dies nicht gelang, als sie wahrnahm, daß es den Vergarbeitern nicht um das Wort Minimallohn zu tun war, sondern um das Ding, schlug sie einen anderen Ton an. Seit mehreren Tagen behandelt die Presse mit wenigen Ausnahmen die Vergarbeiter sehr feindselig. Die reaktionären Organe beugegen eine wahre Verferkermut, schwächen die Arbeiter und ihre Führer und erfinden Lügen, die selbst einem Münchhausen alle Ehre gemacht haben würden. Aber so dicht auch die Schmähungen und Lügen auf die Vergarbeiter herniederprasseln mögen, die britischen Vergarbeiter lassen sich ab und beharren bei den mäßigen Forderungen, die sie als gerecht anerkannt haben.

Die Verhandlungen der Woche begannen am Dienstag, als der Vorstand der Föderation in London wieder zusammenkam. Mittwoch hatte der Vorstand eine Unterredung mit Mitgliedern der Arbeiterpartei, um ihnen Information zu geben für den Fall, daß der Generalstreik diskutiert wird, was jetzt alle Tage erwartet wird. Die Meldungen, die die Presse über Zwistigkeiten zwischen den Vergarbeitern und der Arbeiterpartei ausgebreut hat, sind alles Erfindungen. Es herrscht das beste Einvernehmen. Nach diesen Meldungen sollen die Vertreter anderer Berufe, die infolge des Bergarbeiterstreiks große Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung haben, gegen die unangenehme Haltung der Bergarbeiterföderation protestiert haben. Das Gegenteil ist wahr. Wenn es darauf ankommt, sind die vom Streik nicht direkt betroffenen Arbeiter gern bereit, den Vergarbeitern zu Hilfe zu eilen. Die Eisenbahner und die Transportarbeiter würden gleich ausmarschieren, wenn ihnen von der Bergarbeiterföderation nicht erklärt worden wäre, daß sie ihrer Hilfe augenblicklich nicht bedürfte. In dieser Stelle sei gleich eine andere Rüge der Kapitalistenpresse an die Wand genagelt. Diese Presse hat die Nachricht verbreitet, daß sich die Mitglieder des Vorstandes nicht einig seien und daß die Verhandlungen der Regierung nur mit einer kleinen Mehrheit verworfen worden wären. Das ist nicht wahr. Der Vorstand wie die Vergarbeiter sind sich vollständig einig und die Vorschläge der Regierung sind einstimmig von der Konferenz verworfen worden.

